

# Beschlüsse



der

Landesdelegiertenkonferenz  
der Jusos Sachsen

Görlitz/Zgorzelec,  
26.-27. November 2005

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 26. und 27. November 2005  
in Görlitz/Zgorzelec**

**Übersicht**

<b>Block</b>	<b>Nr.</b>	<b>Thema</b>	<b>Antragsteller</b>
Werte für Deutschland in der Welt	P 1	Drei Werte für alle – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität	Landesvorstand
Organisation	O 1	Gerecht! Änderung der Juso-Richtlinien	UB Vogtland
Europa	E 3	Europäisches Europa durch europäisches Wahlrecht	UB Dresden-Elbe-Röder
Jugendpolitik	J 1	Den Teufelskreis durchbrechen: Kinderarmut abbauen!	AK WiSo, UB Lausitz; UB Leipzig
Jugendpolitik	J 3	Aktives Kommunalwahlrecht mit 14 Jahren	UB Nordsachsen
Jugendpolitik	J 4	Ausbildungsplatzumlage	UB Leipzig-Borna
Bildung	B 1	Mehr Autonomie und mehr Demokratie - für ein Hochschulgesetz mit „sozialdemokratischer Handschrift“	AK Hochschule
Bildung	B 2	Beitritt der Jusos Sachsen zum Aktionsbündnis gegen Studiengebühren	UB Leipzig-Borna
Bildung	B 3	Juso SchülerInnengruppen (JSG) - jetzt auch in Sachsen	AK Schule u. Bildung
Bildung	B 4	Gerecht! Ausbau der Berufsakademie in Plauen	UB Vogtland
Bildung	B 5	Durchführung eines Betriebspraktikums in der Oberstufe	JHG Freiberg
Bildung	B 6	Schule vorbei - Was soll aus mir werden?	AK Schule u. Bildung
Bildung	B 7	Gleichberechtigte Teilhabe finanziell Bedürftiger an den Kultureinrichtungen	UB Dresden-Elbe-Röder
Bildung	B 8	Bildung ist mehr als eine ökonomische Notwendigkeit- Nein zur TU Dresden Stiftung!	AK Hochschule

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 26. und 27. November 2005  
in Görlitz/Zgorzelec**

Zukunft der SPD	S 1	Partei 2007	Landesvorstand
Zukunft der SPD	S 2	Demokratische Meinungsbildung auf SPD-Parteitagern sichern: Antragskommissionen entmachten	UB Dresden-Elbe-Röder
Zukunft der SPD	S 3	Transparenz und Verantwortung Für eine angemessene Rechenschaftslegung der Funktionsträger/innen der SPD Sachsen	UB Dresden-Elbe-Röder
Innenpolitik	I 1	Freiheit und Sicherheit im Informationszeitalter: Grundrecht Datenschutz!	UB Neiße
Innenpolitik	I 3	Für eine dezentrale Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie geduldeter Migrantinnen und Migranten	UB Dresden-Elbe-Röder
Innenpolitik	I 5	Volkspartei SPD für Minderheiten - Minderheiten für Völkerverständigung	UB Dresden-Elbe-Röder
Verkehrspolitik	V 1	Allgemeines Tempolimit von PKW auf Autobahnen	UB Nordsachsen
Verkehrspolitik	V 2	Tagfahrlichtpflicht für alle Kraftfahrzeuge	UB Leipzig-Borna
Initiativantrag	Ini 1	Kulturhauptstadt 2010 Görlitz/Zgorzelec	UB Neiße
Initiativantrag	Ini 5	Wiedereinführung des römischen Sakralrechts, Modifizierung desselben und Umwandlung des Juso-Landesvorstandes Sachsen in das Pontificalkollegium.	UB Dresden-Elbe-Röder

Thema: Drei Werte für alle – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität

## Drei Werte für alle – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität

### Einleitung

Seit Monaten werden wir Zeuge einer inszenierten Patriotismusdebatte der Konservativen. Die CDU setzt der Unsicherheit, die durch Arbeitslosigkeit, Globalisierung, sozialen Umbrüchen, uvm. in der Bevölkerung besteht, einen Patriotismus als mögliches Gegenmittel entgegen. Die Debatte, tönt die CDU bei Kongressen, Festvorträgen und Parteiveranstaltungen, sei „überfällig“ und nötig. So schreibt die CDU Sachsen in einem Antrag unter der Überschrift „Wir brauchen mehr Patriotismus für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.“: „Globalisierung, Modernisierung, terroristische Bedrohung und demographische Katastrophe schaffen Unsicherheit und Angst unter den Menschen.“<sup>1</sup>

Zeitweise entsteht eher der Eindruck, die Debatte wird vor allem als nötig empfunden, um von innerparteilichen Problemen der sächsischen Christdemokrat(inn)en abzulenken.

In der Diskussion wird ein stärkerer positiver, emotionaler Bezug zur deutschen Nation gefordert. Eine „größere Liebe zum Vaterland“. Frau Merkel konstatierte bei einem CDU-Parteitag 2004, „Nur wer sein Land liebt, kann es schaffen, die notwendigen Veränderungen herbeizuführen.“ Nur patriotische Politiker/innen sind demnach gute Politiker/innen.

Bei der Jungen Union (JU) Sachsen & Niederschlesien gipfelt der Wunsch nach allumfassender Vaterlandsliebe im Papier „Ein Wert für sich: Deutschland.“ in Forderungen, wie dem Singen der Nationalhymne in der Schule, dem stolzen Zeigen der Fahne und der Rückbesinnung auf „deutsche Werte“.

Die JU bekennt sich in ihrem Papier ausdrücklich zur Staatsbürgerschaft qua Abstammung, spricht von Patriotismus in diesem Rahmen und stimmt damit eindeutig nationalistische Töne an.

Ich liebe keine Staaten, ich liebe meine Frau (Gustav Heinemann (SPD), *Bundespräsident 1969-1974, auf die Frage, ob er Deutschland liebe*)

Dabei wird als Feindbild die sogenannte 68er-Generation und ihre „überbordende Toleranz“<sup>2</sup> benannt. Immer wieder geraten auch SPD-Politiker/innen in den „Verdacht“, zu wenig positiven Bezug zu Deutschland zu haben. Dieser „Vorwurf“ ist nicht neu, schon Bismarck bezeichnete die Sozialdemokrat(inn)en seiner Zeit als „vaterlandslose Gesellen“. Der gleiche „Vorwurf“ wurde Willy Brandt gemacht, der vor den Nazis ins Exil geflüchtet war.

In der gesamten Debatte der Konservativen wird Patriotismus als Normalität gedeutet und von allen eingefordert. Mit Beklemmung nehmen wir das Bekenntnis von einzelnen SPD-Politikern wie Clement und Rau zur Kenntnis, die sich selbst als „Patrioten“ diesem Uniformierungszwang unterwerfen. Und das, obwohl nach Umfragen die Mehrheit der Deut-

<sup>1</sup> Antrag des CDU-Landesvorstandes „Deutscher Patriotismus im vereinigten Europa Zwölf Thesen zum Zusammenhalt unserer Gemeinschaft“

<sup>2</sup> JU Sachsen & Niederschlesien „Ein Wert für sich: Deutschland.“

schen Patriotismus nicht für ein wichtiges Thema halten<sup>3</sup>. Andere Wertbezüge und ein kritischer Bezug zu Deutschland und seiner Geschichte werden in dieser Debatte als „negativer Gründungsmythos der Bundesrepublik“<sup>4</sup> verunglimpft.

Dies ist Anlass für uns Jusos Sachsen, uns mit dem Konstrukt des Patriotismus zu beschäftigen. Was ist Patriotismus eigentlich, was steckt hinter der initiierten Debatte, wo liegen Gefahren, aber vor allem: Was kann diesem Konstrukt aus jungsozialistischer Sicht entgegen gesetzt werden?

Es geht diesem Papier nicht um eine Kritik an einem individuellen Stolz auf Sachsen, Deutschland, der Verfassung oder ähnlichem. Es geht uns um eine Beleuchtung dieser breit angelegten und vehement forcierten gesellschaftlichen Debatte.

### **Begriffe der „Patriotismusdebatte“**

„Patriotismus, von lat. patria = Vaterland, beschreibt Vaterlandsliebe bzw. Heimatliebe und damit eine Gefühlslage bzw. Geisteshaltung, die sich in besonderer Treue und Verehrung gegenüber Volk und Heimat, ihren Traditionen und Werten sowie Bindungen an nationale Symbole ausdrückt. Innerhalb solcher affektiven Bezüge sind Grenzen zu übersteigertem Nationalstolz (Nationalismus und nationalem Chauvinismus) fließend. Patriotismus ist dem Relativismus zuzuordnen und ist der Auffassung, dass normative Maßstäbe menschlichen Handelns sich nicht universell rechtfertigen lassen. Der Aufruf zum 'Verfassungspatriotismus' ist der Versuch den Patriotismus auf eine zeitgemäße, rationale und demokratische Grundlage zu stellen.“<sup>5</sup>

Patriotismus ist also ein positives Gefühl zu einer Nation, er gibt Sicherheit durch die Zuordnung zu eben dieser, die notwendigerweise durch eine Abgrenzung von anderen entsteht. Patriotismus ist nicht gleichbedeutend mit der Abwertung der anderen Nationen. Aber die Grenzen zum übersteigerten Nationalstolz, zu Xenophobie und der Legitimierung von autoritaristischen Strukturen sind fließend und werden in den aktuellen Papieren der sächsischen Union klar überschritten.

Wir Jusos Sachsen stellen uns klar gegen Fremdenfeindlichkeit, Autoritarismus, Antisemitismus und Nationalismus und jede Bewegung, die diese befördert. Übersteigerten und staatlich eingeforderten Patriotismus lehnen wir deshalb ab.

Ein Sonderfall ist der „Verfassungspatriotismus“.

Er kreuzt den emotional aufladbaren Begriff des Patriotismus mit der Institution einer Verfassung und impliziert damit eine „Liebe“ zur Verfassung eines Staates und eine Bereitschaft zu Verteidigung dieser.

---

3 ZDF-Politikbarometer vom 10. Dezember 2004

4 JU Sachsen & Niederschlesien „Ein Wert für sich: Deutschland.“

5 Holtmann Politiklexikon 2000

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 26.-27. November in Görlitz/Zgorzelec**  
**Antrag P 1**  
**Antragsteller: Juso-Landesvorstand**

Hiermit kommt dem Verfassungspatriotismus zwar eine Sonderrolle zu, doch ist auch ersichtlich, dass er mehr auf Emotionen als auf Vernunft beruht und deshalb auch kritisch zu bewerten ist.

Die CDU-Sachsen äußert sich auf andere Weise klar zum Thema des Verfassungspatriotismus:

„Allerdings reicht uns der in diesem Zusammenhang von Jürgen Habermas bemühte Rückgriff auf einen 'Verfassungspatriotismus' als enge geistige Heimat nicht aus. Wer glaubt, die Lektüre des Grundgesetzes allein versetze die Deutschen in positive nationale Wallungen und lasse sie gar zu opferwilligen Dienern am Gemeinwohl werden, verkennt die Mechanismen von Geschichte und Politik.“<sup>6</sup>

Wer glaubt, dass mit dem Singen der Nationalhymne das Bruttoinlandsprodukt um 5 Prozent steigt und das Anstarren von Flaggen das Problem der Massenarbeitslosigkeit beseitigt, verkennt die Menschen als unaufgeklärte Untertanen.

In dem Zitat findet sich der eigentliche Grund für das große Bemühen um eine möglichst umfassende verpflichtende Patriotismusdebatte. Sie geht davon aus, dass kollektive, positive Emotionen bezüglich eines Konstruktes, sei es Nation, „Schicksalsgemeinschaft“ oder Heimat, nötig sind, um eine Solidargemeinschaft zu stabilisieren und um die eigene Politik durchsetzen zu können. Diesem Irrglauben und dem damit verbundenen Menschenbild widersprechen wir.

Wir Jusos Sachsen bekennen uns zum Grundgesetz als Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wir fühlen uns dem Schutz der sozialen Gerechtigkeit und des gleichberechtigten Miteinanders verpflichtet. Einen emotionalen Bezug, eine Liebe zum Grundgesetz oder zur Nation einzufordern, lehnen wir als irrational ab. Die Triebfedern für ein solidarisches und gerechtes Zusammenleben müssen andere sein.

Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien klammert in ihrem Papier die Verfassung komplett aus, ihre Definition von Patriotismus ist dagegen eng mit den Begriffen Heimat und Vaterland verbunden:

Die Begriffe Heimat, Vaterland und Volk sind (nicht nur) auf europäischem Boden Konstrukte. Hier wird im Zusammenhang mit dem Begriff Patriotismus gezielt nicht der Begriff Staatsbürgertum, als die Gesamtheit der Staatsangehörigen einheitlicher oder heterogener Nationalität, verwandt, sondern die Betonung auf einen abgrenzbaren Kulturkreis, eine ethnische Gruppe gelegt.

Dieser abgrenzbare Kulturkreis, diese ethnische Gruppe, die im Patriotismus und im Papier der Jungen Union als schützenswert hervorgehoben werden, sind hier in Europa und auch in Sachsen nicht nachzuweisen.

Die Bevölkerung Europas und somit Sachsens ist das Resultat von Wanderungsbewegungen. Diese Bevölkerungswanderungen hatten ursächlich zwei Gründe: Krieg und (seine Folgen) oder wirtschaftliche Not.

„Heimat ist kein Ort, Heimat ist ein Gefühl!“  
*Herbert Grönemeyer*

---

6 Antrag des CDU-Landesvorstandes „Deutscher Patriotismus im vereinigten Europa Zwölf Thesen zum Zusammenhalt unserer Gemeinschaft“

Patriotismus war eine Triebfeder für die Kriege der vergangenen Jahrhunderte, umso sinnentleert ist eine Referenz auf konstante ethnische oder kulturelle Wurzeln. Wanderungsbewegungen von Bevölkerungen gibt es genauso in der heutigen Zeit, und es wird sie auch in der Zukunft geben. Die Motivation, aus wirtschaftlichen Gründen den Wohnort zu wechseln, ist sehr präsent in Ostdeutschland und somit in Sachsen. Wir Jusos Sachsen bekennen uns zum Einwanderungsland Deutschland. Migration gehört in einer globalisierten Welt zur Normalität. Die Aufgabe von Politik ist es, Migration zu ermöglichen und ein gleichberechtigtes Miteinander von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sicher zu stellen.

"Ehe du für dein Vaterland sterben willst, sieh dir's erst mal genauer an!"

*Arno Schmidt*

Das Papier „Ein Wert für sich: Deutschland“ endet mit der Frage „Wir sind stolz auf Deutschland – Und du?“. Unabhängig, ob man dieser Frage irgendeine persönliche oder gesellschaftliche Relevanz beimisst, macht es Sinn, sich mit dem weit verbreiteten Stolz auf einen Staat auseinander zu setzen:

„Stolz [von lat. *stultitia* = Torheit] ist das Gefühl einer großen Zufriedenheit mit sich selbst, einer Hochachtung seiner selbst - sei es der eigenen Person, sei es in ihrem Zusammenhang mit einem hoch geachteten/verehrten 'Ganzen'.

Er entspringt der (subjektiven) Gewissheit, etwas Besonderes, Anerkennenswertes oder Zukunftsträchtiges geleistet zu haben oder daran mit zu wirken. Dabei kann der Maßstab, aus der sich die Gewissheit ableitet, sowohl innerhalb eines eigenen differenzierten Wertehorizonts heraus gebildet sein als auch gesellschaftlich tradiert sein. Im ersten Fall fühlt man sich selbst bestätigt und in seiner Weltanschauung bestärkt (*Ich bin stolz auf mich*), im anderen Fall sonnt man sich in der gesellschaftlichen Anerkennung (*Ich bin stolz, etwas für [z.B.] die Freie Hansestadt Bremen geleistet zu haben*).“<sup>7</sup>

Welche Berechtigung hat ein Stolz auf etwas, an dem Menschen nur durch Zufall als Staatsbürger/in Anteil haben können oder überhaupt keinen Anteil hatten? Deutlich wird dies, wenn zum Beispiel der Stolz auf das deutsche Kulturerbe gefordert wird. J.G. Herder schrieb darüber: „Wer sich einbildet, von Hause aus tapfer, edel, bieder zu sein, kann leicht vergessen sich als einen solchen zu zeigen“.<sup>8</sup> Wenngleich die Freude an den Werken Goethes groß sein kann, so wäre es unangebracht, stolz auf den großen Dichter und Denker zu sein. Stolz im Bezug auf eine Nation ist erstens immer abhängig von einem Konstrukt und zweitens immer eine Verallgemeinerung. Stolz ist für uns nur dann gerechtfertigt, wenn man sich als aktives Teil einer Gesellschaft für deren Weiterentwicklung, im Sinne einer Verbesserung für alle, einsetzt. Für eine solche Gesellschaft, in der Teilhabe möglich ist und gefördert wird, setzen wir uns ein. Die Möglichkeit der Teilhabe muss für uns dabei jedoch explizit unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Ethnie und Religion sein. Einen unbedingten Stolz auf eine Nation von ihren Bürgerinnen und Bürgern einzufordern, halten wir für falsch.

"Die wohlfeilste Art des Stolzes hingegen ist der Nationalstolz. Denn er verrät in dem damit Behafteten den Mangel an individuellen Eigenschaften, auf die er stolz sein könnte, indem er sonst nicht zu dem greifen würde, was er mit so vielen Millionen teilt."

---

<sup>7</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Stolz>, Stand: 7.11.05

<sup>8</sup> „Briefe zu Beförderung der Humanität“

*Arthur Schopenhauer*

## Unsere Kritik an der forcierten Debatte

Die Patriotismusdebatten der CDU (Sachsen) und der Jungen Union lehnen wir ab. Wir kritisieren sie aus unterschiedlichen Gründen.

### ***Patriotismus wird benutzt um neoliberale Politik durchzusetzen – Wir kämpfen für eine sozial gerechte Politik.***

Patriotismus eignet sich, neoliberale Strategien, insbesondere Sozialabbau, besser durchzusetzen. Wir stehen vor realen gesellschaftlichen Herausforderungen, wie Massenarbeitslosigkeit, damit verbundenen finanziellen Problemen in den sozialen Sicherungssystemen, Zukunftsängsten und der Herausbildung einer neuen Unterschicht, in der Migrant(inn)en überdurchschnittlich vertreten sind, und anderen mehr.

Wir wollen diesen Herausforderungen keinen Patriotismus als Beruhigungsspiel entgegen setzen.

Ein Hintergrund der angeschobenen Debatte ist, dass durch ein stärkeres Nationalbewusstsein und das Gefühl einer „Schicksalsgemeinschaft“ Sozialkürzungen als „nationalen Herausforderung“ besser verkauft werden können, dass neoliberale Politik besser durchgesetzt werden kann, wenn alle als Nation besser sein wollen als andere.

Die Herausforderungen unserer Zeit sind jedoch nicht im nationalen Alleingang und schon gar nicht in Abgrenzung zu anderen Nationen und deren Bevölkerung zu lösen. Die Konkurrenz der Arbeitnehmer/innen verschiedener Nationen führt in einer globalisierten Welt zwangsläufig zum weiteren Abbau von Arbeitnehmer(innen)rechten, auch in Deutschland. Wir können und wollen nicht mit den Arbeitnehmer/innen der Freihandelszonen in Südamerika und anderswo konkurrieren. Im Gegenteil: Ihnen und allen anderen lohnabhängig Beschäftigten gehört unsere Solidarität in ihrem Kampf um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Ein verstärkter Nationalstolz ermöglicht eine vereinfachte Durchsetzung neoliberaler Politik in Deutschland mit der Argumentation der Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Nation und der Beschwörung eines nationalen Kraftaktes, der in Wahrheit die Aushöhlung des Sozialsystems meint.

Auch die CDU Sachsen weiß, dass die Probleme unserer Zeit nicht durch einen stärkeren Patriotismus zu lösen sind, Patriotismus ist das von ihr gewählte Mittel um Problemfelder innerhalb Deutschlands zu überdecken. Die weiter auseinander klaffende Schere zwischen Arm und Reich, die ungerechte Verteilung von Arbeit und die unterschiedlichen Chancen von Kindern aus armen und reichen Familien sowie die Benachteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund sind dabei nur einige Beispiele.

Patriotismus ist eine Beruhigungsspiel mit bedenklichen Nebenwirkungen, wie Nationalismus, Ausländer(innen)feindlichkeit, Antisemitismus und Autoritarismus.

Wir wollen die Probleme unsere Gesellschaft jedoch ehrlich und solidarisch angehen.

### ***Patriotismus kann die Grenzen zur extremen Rechten verwischen – Wir bekämpfen Altgrassismus und Rechtsextremismus.***

Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien verwendet die Patriotismusdebatte, um gezielt am rechten Rand Wähler/innen und Sympathisant(inn)en zu finden. Das Papier der JU über-



schreitet klar die Grenze zum übersteigerten Patriotismus und Nationalismus. Es nutzt rechte extrem aufgeladene Begriffe und grenzt gezielt Menschen anderer Nationalität aus. Es kann der Eindruck entstehen, die JU werbe in extrem rechten Kreisen um Zustimmung und Sympathie.

Diese Verwischung der Grenzen zu rechtsextremen Gruppierungen, die Aufnahme von Argumentationen aus dem rechtsextremen Spektrum ist gefährlich und inakzeptabel. Wir fordern die sächsische Union auf, die Debatte sofort zu beenden und sich klar von rechtsextremen Strömungen zu distanzieren.

Eine Fortführung der Debatte endet nicht mit der Schwächung rechtsextremer Parteien, sondern mit der Etablierung rechtsextremer Gedanken.

### ***Patriotismus oktroyiert Symbole und Wertbezüge – Wir wollen mündige Menschen.***

Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien fordert zudem eine (Rück-)Besinnung auf bestimmte Werte: „Man mag sie als die deutschen Eigenschaften bezeichnen: Fleiß, Ordnung, Disziplin, Pünktlichkeit. (...) Es sind Eigenschaften, die unserer Auffassung nach bestens geeignet sind, bestehende Probleme in unserer Gesellschaft anzupacken und zu lösen.“<sup>9</sup>

Diese Argumentation lässt befürchten, die JU sei der Auffassung, bestehende Probleme in unserer Gesellschaft, wie soziale Entfremdung, Politikverdrossenheit oder Leistungsdruck, würden durch ein Mangel an diesen Eigenschaften verursacht.

Da für uns Jusos Sachsen die Menschen Individuen und damit einzigartig in ihren Gedanken, Wünschen und Gefühlen sind, lehnen wir eine Verordnung von Eigenschaften ab. Gerade durch diese „Tugenden“, die in ihrer Intention beschränkend wirken, wird ein/e Idealeinwohner/in gefordert, der/die angepasst und folgsam ist. Wir wollen aber freie und mündige Bürgerinnen und Bürger. Frei in ihren Gedanken und Vorstellungen und mündig, diese zu äußern.

Auch zu nationalen Symbolen äußert sich die Junge Union äußerst deutlich:

„Zu einem aufgeklärten und selbstbewussten Patriotismus gehört es, dass die deutsche Nationalhymne zum Ausklang des Tages bei allen öffentlich-rechtlichen Sendern gespielt wird.“<sup>10</sup>

Die Pflege der deutschen Sprache durch Reinigung von Anglizismen, die Hymne als fester Bestandteil des Lehrplans, des Fernseh- und Rundfunkprogramms und überhaupt aller gesellschaftlichen Ereignissen sowie das Hissen der schwarz-rot-goldenen Flagge vor oder auf allen öffentlichen Gebäuden stellen für die Junge Union Sachsen & Niederschlesien eine Symbolik der Präsenz des gereiften Nationalbewusstseins der Deutschen dar.

Ebenso deutlich äußert sich die CDU:

„In Deutschland fehlen trotz des Brandenburger Tors und des wieder aufgebauten Reichstages in Berlin solche symbolträchtigen Institutionen, die den Patriotismus auf ein sinnfälliges Zentrum hin bündeln und Momente kollektiver emotionaler Erhebung ermöglichen. Solche Momente jedoch braucht ein Staat, um für seine Bürger attraktiv zu bleiben. (...) Das Erlernen der Nationalhymne gehört in die Lehrpläne der Grundschulen. Das Singen der Hym-

---

9 JU Sachsen & Niederschlesien „Wir sind stolz auf unser Land- und Du?“

10 JU Sachsen & Niederschlesien, ebd.

ne muss eine Selbstverständlichkeit bei öffentlichen Veranstaltungen werden, dient der Identifikation der Bürger mit ihrem Gemeinwesen und wird gerade von jedem Politiker als Bekenntnis zu unserem demokratischen Staat erwartet.“<sup>11</sup>

Dieser Fokus auf Symbolik mit dem Ziel der emotionalen Einbindung widerspricht unserem Menschenbild. Wir Jusos betonen die Eigenverantwortlichkeit der Menschen, selbst zu entscheiden, welche Symbole sie nutzen wollen, um ihren Wertbezügen Ausdruck zu verleihen.

### ***Patriotismus grenzt aus – Wir nicht.***

Die JU Sachsen & Niederschlesien bekennt sich klar zum Abstammungsprinzip. In ihrer „Denkschrift“ heißt es: „Das Selbstverständnis der Deutschen ist das eines Volkes, nicht das einer politischen Nation. Ein wesentliches Element unseres Selbstverständnisses manifestiert sich im Artikel 116 des Grundgesetzes, welcher die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Abstammungsprinzip festschreibt. Dieser Artikel ist zugleich Ausdruck eines historischen Verständnisses der deutschen Nation.“<sup>12</sup>. Dieses Bekenntnis grenzt Millionen von Menschen aus, die in Deutschland leben, darunter viele, die zum Reichtum dieses Landes beigetragen haben, oft zum Schaden der eigenen Gesundheit. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der selbstverständlich alle gleichberechtigt beteiligt sind. Diese Teilhabe muss unabhängig von Herkunft und „Nützlichkeit“ sein. Ein Staatsbürgerschaftsrecht qua Abstammung und ein solches Nationenverständnis steht dieser Vorstellung diametral entgegen.

### **Der Patriotismusdebatte von links begegnen!**

Wir glauben, dass Deutschland vieles braucht, auf eines jedoch getrost verzichten kann: auf Patriotismus. Im Gegenteil, ein dumpfes Bekenntnis zur eigenen Nation beinhaltet mehr Gefahren als Nutzen und wird durch uns Widerspruch erfahren.

Wir setzen der krampfhaften Debatte um einen Patriotismus und der damit verbundenen Ausgrenzung großer Bevölkerungsgruppen unsere universellen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität entgegen.

Es sind universelle Werte, die auf alle Menschen anzuwenden sind.

Freiheit, meint die Freiheit aller, gerade die Freiheit Andersdenkender, solange sie nicht das Wohl oder die Existenz anderer einschränken oder negieren wollen. Freiheit bricht die Idee des Patriotismus, wo es um die Einschränkung der Freiheit anderer ethnischer oder kultureller Gruppen geht. Freiheit meint für uns Jusos dabei: die gleiche Freiheit aller.

Gerechtigkeit, meint die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen und gemeinschaftlichen Leben.

Und Gerechtigkeit bricht den Begriff des Patriotismus, wo es um die Hervorstellung eines bestimmten Vaterlandes geht. Unsere Gerechtigkeit ist unabhängig von Herkunft, Kultur, Geschlecht, sexueller Identität und Religion.

Solidarität meint eine innewohnende Bestrebung und Entschlossenheit, Ungerechtigkeiten auszugleichen. Solidarität bricht den Begriff Patriotismus da, wo Patriotismus Boden für Wohlstands-Darwinismus bietet, denn Solidarität kennt keine ethnischen, kulturellen oder nationalen Grenzen. Unsere Solidarität ist international, sie findet ihren Ausdruck in einem

---

<sup>11</sup> Antrag des CDU-Landesvorstandes „Deutscher Patriotismus im vereinigten Europa Zwölf Thesen zum Zusammenhalt unserer Gemeinschaft“

<sup>12</sup> JU Sachsen & Niederschlesien „Ein Wert für sich: Deutschland.“

globalen Streiten gegen Ungerechtigkeit und Ausbeutung und beispielsweise im Bekenntnis zum politischen Asyl in Deutschland.

Unser Menschenbild setzt dem konservativen Menschenbild der Schäfchen, die einen emotionalen Bezug benötigen, um die Notwendigkeit einer Solidargemeinschaft zu akzeptieren, den mündigen Menschen entgegen. Im Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands heißt es zum Thema „Unser Bild vom Menschen“: „Der Mensch, weder zum Guten noch zum Bösen festgelegt, ist lernfähig und vernunftfähig. Daher ist Demokratie möglich. Er ist fehlbar, kann irren und in Unmenschlichkeit zurückfallen. Darum ist Demokratie nötig. Weil der Mensch offen ist und verschiedene Möglichkeiten in sich trägt, kommt es darauf an, in welchen Verhältnissen er lebt. Eine neue und bessere Ordnung, der Würde des Menschen verpflichtet, ist daher möglich und nötig zugleich.

Die Würde des Menschen verlangt, dass er sein Leben in Gemeinschaft mit anderen selbst bestimmen kann. Frauen und Männer sollen gleichberechtigt und solidarisch zusammenwirken. Alle sind für menschenwürdige Lebensbedingungen verantwortlich.

Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und Nützlichkeit.“<sup>13</sup>

Diesem Menschenbild fühlen wir uns verpflichtet, ebenso wie der Aufgabe für eine Gesellschaft zu streiten, in der alle Menschen in lebenswerten Verhältnissen leben können, die die Würde des Menschen achtet.

Für die Probleme unserer Zeit gibt es keine einfachen Lösungen. Wir setzen in Deutschland weiterhin auf die Solidarität, die allen eine Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht, die die Lebensrisiken Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Pflegebedürftigkeit vergesellschaftet und starke Schultern mehr belastet als schwache. Eine Solidarität, die dadurch aktiviert, dass sie alle Mitglieder dazu befähigt und motiviert in vollem Umfang an unserer Demokratie und Sozialwesen teilzunehmen. Zu dieser Solidarität gehört für uns ein freier Zugang zu Bildung und Verteilungsgerechtigkeit. Auch ein neues Verständnis von Integration ist für ein solches Zusammenleben von Nöten. Integration ist mehr als Assimilation von Menschen, sie ist keine Einbahnstraße, sowohl Zuwanderer/innen als auch Einheimische müssen sich aktiv an diesem Prozess beteiligen.

Die Probleme unserer Zeit müssen international angegangen werden. Wir wollen das Primat der Politik über die Ökonomie international erreichen. Die europäische Integration und die Demokratisierung der EU ist dabei ein Schritt in die richtige Richtung. Aber auch ein europäischer Patriotismus ist für uns keine Lösung.

Welches Bezugssystem sich ein Mensch setzt, wo er/sie sich zu Hause fühlt, worauf er/sie stolz ist und welche kulturellen Wurzeln er/sie hat, ist eine individuelle Freiheit. Grundlage ist natürlich die freiheitlich-demokratische Grundordnung und sind damit auch die unveräußerlichen Menschenrechte.

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 26.-27. November in Görlitz/Zgorzelec**  
**Antrag O 1**  
**Antragsteller: UB Vogtland**

**Thema: Gerecht! Änderung der Juso-Richtlinien**

Die Richtlinien des Juso-Landesverbandes Sachsen werden wie folgt geändert:  
Ersetze §5 Absatz (2) Satz 3, sowie wortgleich §7 Absatz (2) Unterpunkt (b) Satz 1

"Die übrigen Mandate werden entsprechend der Zahl der SPD-Mitglieder bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres entsprechend Hare-Niemeyer auf die Unterbezirke verteilt. "

durch

"Die übrigen Mandate werden entsprechend der Zahl der Mitglieder entsprechend Hare-Niemeyer auf die Unterbezirke verteilt. "

Begründung:

Auf der Landesdelegiertenkonferenz in Chemnitz am 12.11.2004 wurden die Richtlinien der Jusos Sachsen beschlossen. Die Richtlinien sehen vor, dass die Verteilung der Delegiertenmandate auf der Zahl der SPD-Mitglieder unter 35 basiert. Dass dabei "Nur-Jusos" nach §10 Absatz 2 SPD-Organisationsstatut unberücksichtigt bleiben, wurde allgemein bedauert, aber damit begründet, dass deren Mitwirkung an der Verbandsarbeit mangels Beitragszahlung und Kontrolle der Mitwirkung unklar ist.

Mit dem Beschluss des SPD-Bundesparteitages 2005 in Karlsruhe zur Änderung des Organisationsstatuts und der damit verbundenen Befristung der sogenannten Juso-Gastmitgliedschaft für zwei Jahre ist nun gewährleistet, dass die registrierten Juso-Mitglieder auch an der Verbandsarbeit mitwirken. Daher ist es möglich und insbesondere gerecht zukünftig alle Jusos bei der Verteilung der Delegiertenmandate zu berücksichtigen. Die jetzige Fassung ignoriert 31% unserer Mitglieder, 33% unserer Delegation und sogar 40% unseres Vorstandes im Vogtland - das ist ungerecht und muss geändert werden!

Unterbezirk	Mandate (alt)	Mandate (neu)
Nordsachsen	7	7
Leipzig-Borna	18	20
Dresden-Elbe-Röder	19	18
Lausitz	6	6
Neiße	4	4
Pirna	4	4
Erzgebirge	6	6
Chemnitz	8	7
Aue/Zwickau	7	7
Vogtland	6	6

Vergleich der LDK-Mandatsverteilung 2005 ohne und mit NTR-Berücksichtigung

Thema: Europäisches Europa durch europäisches Wahlrecht

Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Bundesregierung und die deutsche Landesgruppe der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament werden aufgefordert, sich für die Fortentwicklung des Europäischen Direktwahlakts hin zu einem einheitlichen europäischen Wahlrecht einzusetzen. Über die bisher geltenden Wahlgrundsätze hinaus soll das europäische Wahlrecht für mindestens die Hälfte der Mandate

- die Wahl in einem supranationalen europäischen Wahlkreis
- auf der Basis jeweils einer supranationalen europäischen Liste je Partei und Wählervereinigung verbindlich machen.

Begründung:

»Das Heil der Demokratien, von welchem Typus und Rang sie immer seien, hängt von einer geringfügigen technischen Einzelheit ab: vom Wahlrecht. Alles andere ist sekundär.« (José Ortega y Gasset)

Seit 1979 hat das Europäische Parlament die alleinige Entscheidungskompetenz zum Europawahlrecht inne. Bisher jedoch wurde der Schritt hin zu einem wirklichen europäischen Wahlrecht nicht unternommen.

Zur Wahl zum Europäischen Parlament treten die Parteien mit nationalen (Bundes- oder Landeslisten) an. Dadurch liegt der Fokus der Wählerinnen und Wähler bei ihrer Wahlentscheidung auf innenpolitischen Gesichtspunkten; europapolitische Positionen der Parteien spielen kaum eine Rolle. Im Parlament selbst vertreten die Abgeordneten in erster Linie nationale Interessen. Politische Standpunkte werden durch die nationale Herkunft, nicht durch weltanschauliche und wertorientierte Grundvorstellungen geprägt. Gerade die Sozialdemokratie mit ihrer internationalistischen Ausrichtung muss den Prozess der Europäischen Einigung, und insbesondere der politischen Einigung, weiter entschieden vorantreiben. Schwerpunkt dabei muss die Einigung der europäischen Bevölkerung - über nationale Interessen und Identitäten hinweg - sein.

Für die Repräsentation nationaler Interessen ist in der Europäischen Union der Europäische Rat (bzw. Ministerrat) zuständig. Das Europäische Parlament hingegen repräsentiert die Bevölkerung der Europäischen Union, deren politische Ansichten, Wertvorstellungen und Zukunftswünsche für die Gestaltung der gesamten Europäischen Union.

Die Herstellung eines einheitlichen europäischen Wahlrechts zieht die Bildung von europäischen Parteien mit europäischen Spitzenkandidatinnen und -kandidaten und einem europäischen Wahlprogramm nach sich und wird so wesentlich zur Bildung eines europäischen politischen Bewusstseins der Bürgerinnen und Bürger Europas beitragen.

Thema: Den Teufelskreis durchbrechen: Kinderarmut abbauen!

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Gesundheit ist die Basis für jegliche Chancengleichheit, deshalb fordern wir:

kostenfreie Gesundheitsversorgung für alle Kinder. Das beinhaltet für uns medizinische Dienstleistungen, Medikamentenversorgung und Maßnahmen der Rehabilitation.

verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen in Schulen und Kindertagesstätten

die Einführung des Schulfachs Lebenskunde, um die Kinder früh für Gesundheit und ein gesunde Lebensführung zu sensibilisieren.

Nur ein barrierefreies Bildungssystem schafft Chancengleichheit für Kinder, deshalb fordern wir:

die flächendeckende, kostenfreie Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen ohne Zugangsbeschränkungen, um die frühkindliche Entwicklung aller Kinder zu fördern.

die ganztägige Gemeinschaftsschule als Regelschulform, um eine Fortsetzung der umfassenden Betreuung und individuellen Förderung der Kinder im Schulalter zu ermöglichen.

Gerade die Ganztagschule bietet den Raum für eine umfassende Zusammenarbeit der Schule mit Familie und Zivilgesellschaft. Diese Trias bildet die Grundlage für eine umfassende Ausbildung von sozialer Kompetenz, die Voraussetzung für das staatsbürgerliche und zivilgesellschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen ist. Daher fordern wir:

die Vereine in die Tätigkeit der Bildungseinrichtungen zu integrieren.

den Kindern unabhängig vom Einkommen der Eltern die Teilhabe am kulturellen und Vereinsleben zu ermöglichen.

### Begründung:

Die ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen im Kindesalter entscheiden, darüber, welche Lebenschancen die Kinder haben. In der Bundesrepublik bestimmt der soziale Status der Eltern über die Bildungs- und Teilhabechancen der Kinder. Gerade in sozial schwachen Familien übertragen sich die Lebensbedingungen der Eltern auf die Kinder. Dies bedeutet: Armut erzeugt Armut. Es gilt, diesen Teufelskreis zu durchbrechen!

In der Zeit der rot-grünen Bundesregierung hat sich der Anteil der Kinder, die in Armut leben auf 9,8% (Alte Bundesländer) bzw. auf 12,6% (Neue Bundesländer) erhöht. Jedes zehnte Kind wächst in einem Haushalt auf, der monatlich weniger als 604€ zur Verfügung hat. Dies bedeutet, dass 1,5 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Armut aufwachsen.

Daher muss die Zielsetzung von Familienpolitik sein, dass die Lebensbedingungen der Kindheit keinen Einfluss auf die Erwerbs-, Bildungs-, Teilhabechancen der Menschen haben. Dabei orientiert sich diese Politik an dem Leitbild „Familie ist da, wo Kinder sind“.

Gesundheit ist die Grundvoraussetzung für Chancengleichheit. Daher muss der Zugang

zur Gesundheitsversorgung im Rahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung allen Kindern kostenfrei zur Verfügung stehen. Das Einkommen der Eltern darf nicht über die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen entscheiden.

Eine umfassende Gesundheitsvorsorge ermöglicht das rechtzeitige Erkennen von Krankheiten und Entwicklungsdefiziten. Diese würden die Chancengleichheit der Kinder beeinträchtigen. Deshalb ist eine institutionalisierte Präventionspolitik im Rahmen der Bildungsstätten notwendig. Diese Vorsorgeuntersuchungen sind verpflichtend und kostenfrei für alle Kinder.

Um die Sensibilität für ein gesundheitsbewusstes Leben schon im Kindesalter zu stärken, sollte das Unterrichtsfach „Lebenskunde“ eingeführt werden oder es sollten dessen Inhalte im bestehenden Lehrplan integriert werden. Dies umfasst grundlegendes Wissen über Ernährung, Hygiene und körperliche Gesundheit.

Ursache von Kinderarmut ist Armut der Familien. Daher muss Familienpolitik gewährleisten, dass Familien vom Erwerbseinkommen der Eltern leben können. Es gilt deshalb, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf herzustellen. Eine solche Politik kann aber nicht garantieren, dass das Einkommen der Eltern ausreicht, den Familien einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Dieser Anspruch würde Familienpolitik überfordern. Die Erhöhung der Transferleistungen stellt jedoch keine ausreichende Lösungsstrategie dar. Ursächlich für Kinderarmut sind verschiedene Faktoren, die nicht allein durch die Verbesserung der materiellen Lage der Eltern beseitigt werden können.

Um Familien mit Kindern zu entlasten, ist die Einführung eines Familiensplittings anzustreben. Dies ist Ausdruck dafür, dass Kinder für den Erhalt einer Gesellschaft notwendig sind, was bei der steuerlichen Belastung von Familien zu berücksichtigen ist.

Aufgabe des Staates muss es sein, ungleich verteilte Lebenschancen an einander anzugleichen. Instrument hierfür ist die Bildungspolitik. Der Staat trägt die Verantwortung dafür, dass alle Kinder unabhängig von den familiären Lebensumständen eine bestmögliche Bildung bekommen. Das Bildungssystem muss Chancengleichheit herstellen und nicht Ungleichheiten festschreiben, weshalb wir ein umfassendes und barrierefreies Bildungssystem fordern. Bei Versagen der Institution Schule und Familie in der Erziehung muss der Staat weiterhin die Möglichkeit des Eingriffs besitzen.

Gerade die Lebensumstände im Kleinkindesalter haben einen entscheidenden Einfluss auf spätere Bildungsbiografien und das Sozialverhalten der Kinder. Deshalb, und um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, muss eine flächendeckende und kostenfreie Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung stehen, die allen Kindern frei zugänglich sind.

Die staatliche Verantwortung für Bildung findet ihren Ausdruck in der Einführung der verpflichtenden Ganztagschule als Regelschulform. Diese kann nach sozialdemokratischem Verständnis nur die Gemeinschaftsschule sein. Die Ganztagschule bildet den Rahmen für eine umfassende Betreuung und individuelle Förderung der Kinder. Darüber hinaus bietet sie die Möglichkeit der Zusammenarbeit von Schule, Vereinen und Verbänden.

Diese Einbindung von Vereinen und Verbänden soll gewährleisten, dass den Kindern auch in einer Ganztagschule die Möglichkeit offen steht, die eigene Freizeit frei von schulischen Vorgaben zu gestalten. Es bedarf somit einer Integration des Vereinslebens in den Schulalltag, was durch die Schulträger zu gewährleisten ist. Dabei ist auf ein vielfältiges Angebot aus den Bereichen Kultur, Sport und staatsbürgerliche Bildung zu achten. Durch diese institutionalisierte Einbindung erfährt die Schule in der Trias Familie,

Vereine und Schule eine Stärkung.

Neben Familie und Schule bilden Vereine und Verbände einen weiteren Schwerpunkt für die Sozialisation der Kinder. Der Zugang zu diesen muss daher unabhängig von der Einkommenssituation der Eltern möglich sein. Kinder einkommensschwacher Familien sollen dieselbe Aktivität im Vereins- und Kulturleben entfalten können wie Kinder aus besser gestellten Familien. Daher muss notfalls der Staat mittels stützender Maßnahmen diese Forderung in die Realität umsetzen. Dies gewährleistet letztlich ein erhöhtes gesellschaftliches Engagement aller Kinder und Jugendlichen und führt überdies zu einer Stärkung der Zivilgesellschaft.



**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 26.-27. November in Görlitz/Zgorzelec**  
**Antrag J 3**  
**Antragsteller: UB Nordsachsen**

**Thema: Aktives Kommunalwahlrecht mit 14 Jahren**

Die Jusos Sachsen setzen sich aktiv für die Einführung des aktiven kommunalen Wahlrechts für Jugendliche ab 14 Jahren im Freistaat Sachsen ein.

Der Landesvorstand initiiert eine Diskussion mit anderen sächsischen (politischen) Jugendorganisationen mit dem Ziel einer breit getragenen Kampagne zum Thema.

**Begründung:**

Das aktive Wahlrecht erlaubt es Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren in bislang fünf Bundesländern (Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein) zum Teil schon seit Mitte der 90er Jahre an den Wahlen zu Gemeinderat/Kreistag sowie BürgermeisterIn/Landrat bzw. Landrätin teilzunehmen.

Auch wenn es hier nur um die Beteiligung an Wahlen zur untersten, dritten administrativen Ebene geht, gibt es im Rahmen der Kommunalen Selbstverwaltung vielfältige kommunale Aufgabenbereiche, die im unmittelbaren Erfahrungsfeld Jugendlicher liegen und damit für sie überschaubar sind.

- Schule und Erziehung
- Straßenbau und Verkehrswesen
- Gesundheit, Sport, Erholung
- Wissenschaft und Forschung
- Kultur

Kommunen erlassen dazu ihr eigenes Recht in Form von Satzungen und können in eigener Finanzhoheit Steuern, Abgaben und Gebühren erheben.

Wichtige soziale Einrichtungen (Jugendklubs, Bibliotheken, Schulen und Kindergärten) werden von den Städten und Gemeinden betrieben.

Als Hauptargumente gegen das „Wahlrecht mit 14“ wird häufig eine mangelnde „persönliche Reife“, „politische Urteilsfähigkeit“ oder fehlendes Verantwortungsbewusstsein erwähnt.

Wir wissen, dass Schülerinnen und Schüler gerade in diesem Alter weitreichende Entscheidungen hinsichtlich ihres schulischen und beruflichen Werdegangs zu treffen haben. Jugendstudien, wie die Shell-Studie belegen schon länger, dass Jugendliche gesellschaftliche Prozesse aufmerksam verfolgen und zu gesellschaftlichen Engagement bereit sind. Jedoch fühlen sich viele von ihnen nicht von den politischen Parteien vertreten. Die Politik wird aufgefordert, die Partizipationsmöglichkeiten dieser Altersgruppe zu verbessern.

Das aktive Wahlrecht mit 14 kann und wird einen Beitrag dazu leisten

- für Jugendliche Politik erfahrbar zu machen
- zur Formulierung von Interessen und Bedürfnissen gegenüber der Politik / den PolitikerInnen ermutigen
- den Dialog zwischen Jugendlichen und KommunalpolitikerInnen zu vertiefen und vorhandene Strukturen besser zu nutzen

Für die sächsischen Jusos eröffnet sich die Möglichkeit durch stärkere Integration jüngerer Mitglieder zu breiterer inhaltlicher Arbeit auf kommunaler Ebene.

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 26.-27. November in Görlitz/Zgorzelec**  
**Antrag J 3**  
**Antragsteller: UB Nordsachsen**

Zu den Aufgaben der Jugendarbeit zählt laut Sozialgesetzbuch auch die politische Bildungsarbeit. Mit einem Wahlalter ab 14 Jahren könnten Schülerinnen und Schüler schon früher ihre erworbenen Kenntnisse auch praktisch umsetzen. Die Wirksamkeit politische Bildung würde erhöht.

Laut einer Untersuchung in Niedersachsen lag die Wahlbeteiligung von unter den 16 – 18-Jährigen sogar höher als die in der folgenden Altersgruppe von 18 – 21 Jahren; während ein genereller Trend der Abnahme des WählerInneninteresses zu beobachten ist.

Dieses Ergebnis zeigt die Akzeptanz des Wahlrechts in der jüngeren Generation. Zudem stärkt ein früheres Wahlrecht die Position und stärkt den Einfluss Jugendlicher hinsichtlich einer immer älter werdenden Gesamtbevölkerung.

#### Erfahrungen von Initiativen auf anderen Ebenen

Die Initiative „U18.org“ ermöglicht es Jugendlichen sich mit parteipolitischen Programmen auseinander zu setzen und parallel zur Bundestagswahl abzustimmen. Sie stellte fest, dass es keine gravierenden Unterschiede im Wahlverhalten zu den Erwachsenen gibt. Das heißt, durch eine intensive Beschäftigung mit den Inhalten, werden extremistische Positionen als nicht zukunftstauglich erkannt und entlarvt wird.

Die hohe Beteiligung an diesen Abstimmungen (allein zur Bundestagswahl 2002 nahmen in Berlin 20 000 Jugendliche die Gelegenheit zur gleichzeitigen U-18-Wahl wahr) widerlegt deutlich die Einschätzung der vorherrschenden Politikverdrossenheit.

Thema: Ausbildungsplatzumlage

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Wir setzen uns dafür ein, das bewährte duale System zukunftsfähig zu machen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, nach dem Scheitern des Ausbildungspaktes gesetzgeberisch tätig zu werden und eine Ausbildungsplatzumlage umzusetzen, die Unternehmen zu Gute kommt, die überdurchschnittlich ausbilden. Finanziert wird die Umlage durch Beiträge von ausbildungsfähigen Unternehmen, die nicht ausbilden.

Begründung:

Mitte Oktober 2005 sind in Deutschland über 40.000 junge ausbildungswillige Menschen ohne Ausbildungsplatz. Allein in den neuen Bundesländern sind mehr als 11.000 Menschen kurz nach Beginn des neuen Ausbildungsjahres noch auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Der Ausbildungspakt ist also offensichtlich gescheitert.

In den neuen Bundesländern kommt auf eine/n Bewerber/in lediglich 0,5 Berufsausbildungsstellen. Von freier Berufswahl kann hier schon längst nicht mehr gesprochen werden.

Etwa 70 % der ausbildungsfähigen Unternehmen in Deutschland bilden nicht aus. Einige mit begründeten Ängsten vor ihrer wirtschaftlichen Zukunft, viele aber auch aus fehlenden Verantwortungsbewußtsein. Und zu Lasten der aller, die an Stelle der Unternehmen dafür sorgen, dass mit außerbetrieblichen Ausbildungsstellen die Ausbildungslücke verringert wird.

Wir Jusos sehen die Unternehmen in der Pflicht, jedem ausbildungswilligen jungen Menschen einen qualifizierten Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen.

Thema: Mehr Autonomie und mehr Demokratie - für ein Hochschulgesetz mit „sozialdemokratischer Handschrift“<sup>1</sup>

Der SPD-Landesparteitag Sachsen möge beschließen:

Nach den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts zur Juniorprofessur und zur Frage des Studiengebührenverbots sind die Länder faktisch alleine für Hochschul- und Wissenschaftspolitik verantwortlich. Trotz dieser auf den ersten Blick unbefriedigenden Situation bieten sich dadurch insbesondere in Sachsen auch Chancen. Nach 15 Jahren CDU Wissenschaftspolitik hat die SPD mit einem von ihr geführten Wissenschaftsministerium die Möglichkeit ihre Vorstellungen von einer autonomen und demokratischen Hochschule umzusetzen. Dafür sollte der neu neugeschaffene Freiraum genutzt werden um neue Wege zu gehen und ein Gesetz mit „sozialdemokratischer Handschrift“ zu formulieren. Um dieses Ziel zu erreichen werden wir uns mit den folgenden Forderungen aktiv an der innerparteilichen und öffentlichen Diskussion beteiligen.

### 1. Hochschulfinanzierung

Im neuen Sächsischen Hochschulgesetz muss die vollständige Gebührenfreiheit des Studiums inklusive Zweit- und Promotionsstudium festgeschrieben werden. Dabei sehen wir auch Studienkonten als einen Schritt zur Einführung von Studiengebühren an.

Dies schließt auch die Studienkollegs zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung für ausländische Studenten und Studentinnen mit ein. Gerade ausländische Studenten und Studentinnen müssen die Möglichkeit haben, kostenlos die Voraussetzungen für ein Hochschulstudium an sächsischen Hochschulen zu erwerben.

Unabhängig von der verstärkten Autonomie der Hochschulen muss der Gesetzgeber in diesem Punkt ein klares Verbot formulieren und sogenannte Experimentierklauseln für die Hochschulen verbieten. Die Hochschulen müssen bei größerer Autonomie bedarfsgerecht finanziert werden, damit das Mehr an Aufgaben auch erledigt werden kann.

#### *Begründung:*

*Die Attraktivität der sächsischen Hochschulen wird durch die Studiengebührenfreiheit verbessert werden, da Sachsen im Gegensatz zu unionsgeführten Bundesländern am Grundsatz der kostenlosen Hochschulbildung festhält.*

*Bei einer Verstärkung der Autonomie für die Hochschulen ist eine verbesserte Finanzierung durch den Freistaat geradezu notwendig, da die Universitäten für mehr Aufgaben auch mehr Personal benötigen, um z.B. Studien- und Prüfungsordnungen besser als in der Vergangenheit zu prüfen und einen reibungslosen Studienablauf zu gewährleisten.*

### 2. Mehr Demokratie wagen – Stärkung der studentischen Selbstverwaltung

In einem neuen Hochschulegesetz muss die Mitbestimmung der Studenten und Studentinnen ausgebaut werden.

Wir fordern die viertelparitätische Besetzung aller Gremien in welchen die Studenten und Studentinnen betreffende Entscheidungen getroffen werden. Die Kompetenzen der einzelnen Gremien müssen klarer voneinander getrennt werden. Um die Akzeptanz der studentischen Selbstverwaltung bei den Studenten und Studentinnen zu stärken, fordern wir die Einführung der Direktwahl für alle Vertreter und Vertreterinnen der studentischen Selbstverwaltung

<sup>1</sup> Zitat Barbara Ludwig aus dem Januar 2005

Der Senat, als Gremium in dem alle Gruppen vertreten sind, muss weiterhin Letztentscheidungskompetenz der Universität sein, dem im Fall der unerwünschten Abschaffung des Konzils auch die Wahl des Rektoratskollegiums obliegen sollte. Eine Zentralisierung der Macht beim Rektorat lehnen wir ab, da so noch mehr über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden wird und die Intransparenz der getroffenen Entscheidungen verstärkt wird. In den vorgesehenen Hochschulräten müssen Vertreter aller Gruppen der Universität vertreten sein. Die Besetzung der Hochschulräte mit externen Mitgliedern aus der Wirtschaft lehnen wir ab, da dadurch die Gefahr entsteht, dass die Universität an rein wirtschaftlichen Kriterien orientiert wird und die Freiheit von Forschung und Lehre ökonomischen Sachzwängen geopfert wird.

**Begründung:**

*Die Hochschulen sind ein wichtiger Teil der Gesellschaft. Daher ist der Aspekt der Demokratisierung der Hochschule auch eine Entscheidung darüber, wie viel Demokratie in der Gesellschaft gewünscht wird. Demokratie an Hochschulen ist angesichts der enormen Deutungsmacht der Universitäten von herausragendem Interesse für die Gesellschaft.*

*Eine Ausrichtung an reinen Effizienzkriterien und eine einseitige Stärkung der Hochschulleitung verlagert diese Deutungshoheit über Themen wie Sozialpolitik, Forschungsethik etc. auf Ebenen, auf denen die Komplexität des Themas nicht mehr überblickt werden kann oder bei denen einseitige Interessen dominieren (sog. Hochschulräte, die von VertreterInnen der Privatwirtschaft dominiert werden). Studenten und Studentinnen sind am meisten von den Entscheidungen der Universität betroffen, so dass bei größerer Mitsprache auch die Akzeptanz von Entscheidungen an der Basis steigen würde. Im Übrigen wird dadurch die Kontrolle der Gremien von unten verstärkt um Missbrauch und Übergehung von studentischen Interessen zu verhindern.*

### 3. Studien- und Prüfungsordnungen

Die Verabschiedung von Studien- und Prüfungsordnungen sollte weiterhin dem Senat der Universität obliegen. Sämtliche Ordnungen sollten auch zukünftig vom SMWK genehmigt werden müssen, um Rechtssicherheit zu gewährleisten. Die Hochschulen sollten gesetzlich verpflichtet werden gesetzliche Regelungen zeitnah umzusetzen.

**Begründung:**

*In den letzten Jahren sind 80 % aller Studien- und Prüfungsordnungen<sup>2</sup>, die von den Hochschulen beim SMWK eingereicht worden, mit der Bitte um Nachbesserungen zurückgeschickt worden. Ohne diese Nachbesserungen wären die Ordnungen bei der Anfechtung durch Studenten und Studentinnen vor Verwaltungsgerichten für ungültig erklärt worden. Dies zeigt dass die Hochschulen nicht in der Lage sind Rechtssicherheit für die Studenten und Studentinnen zu schaffen, so dass das SMWK auch zukünftig Einfluss auf diese Ordnungen haben muss.*

### 4. Evaluation

Ein neues Hochschulgesetz muss für die Hochschulen Mindeststandards bei der Evaluation festlegen, um zu gewährleisten, dass die studentischen Interessen angemessen berücksichtigt werden. Insbesondere bei der Bewertung der Professoren im Rahmen der neu eingeführten W- Professur muss die Einschätzung der Lehre von Studenten und Studentinnen durch Evaluationen maßgeblichen Einfluss haben. Zur Unterstützung dessen sollten die Lehrkräf-

<sup>2</sup> Drucksachen 4/ 2260 und 4/ 2247 Sächsischer Landtag.

te angehalten werden sich regelmäßig didaktisch weiterzubilden. Im Zusammenhang mit der Evaluation muss die Einbindung der Studienkommission stärker festgeschrieben werden.

Im neuen Hochschulgesetz müssen klare und eindeutige Formulierungen die Fakultäten verpflichteten, mit den Studienkommissionen und den Fachschaftsräten zusammenzuarbeiten. Der Druck auf die Fakultäten für eine Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Regeln muss verstärkt werden. Des weiteren sollten die gesetzlichen Regelungen auch auf die einzelnen Institute ausgedehnt werden, um die Aushebelung der Studienkommissionen über die sogenannten Institutsräte zu verhindern.

Zusammen mit den regelmäßig stattfindenden Evaluationen sollte eine Befragung derjenigen Studenten und Studentinnen festgeschrieben werden, die ihr Studium abgebrochen haben. Somit wird ermöglicht, die Gründe für den Abbruch herauszufinden.

**Begründung:**

*Die Studenten und Studentinnen sind diejenigen, welche in Vorlesungen, Übungen oder Seminaren am besten die Kompetenz der Dozenten bewerten können, da sie tagtäglich mit ihnen zu tun haben. So kann gewährleistet werden, dass eine möglichst objektive Bewertung der Lehrleistungen von Professoren stattfindet.*

*An einigen Hochschulen bzw. Fakultäten wird auf die Einrichtung von Studienkommissionen verzichtet oder die paritätische Besetzung der Studienkommissionen wird missachtet. Durch eindeutige gesetzliche Regelungen und mehr Kontrolle des SMWK müssen diese rechtswidrigen Handlungen unterbunden werden.*

## 5. Studentenwerke

Die Jusos Sachsen fordert den Erhalt und die gesetzliche Festschreibung aller Studentenwerke. Wir lehnen ebenfalls eine Auslagerungen von Teilaufgaben in Form von Privatisierungen ab, da dadurch ein enormer Qualitätsabfall der Leitungen zu befürchten ist. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studenten und Studentinnen und des Personals der Student(inn)enwerke müssen ausgebaut werden.

**Begründung:**

*Bei einer Zusammenlegung von Studentenwerken stellt sich die Befürchtung, dass durch Personalabbau und längere Wege für Arbeitnehmer/-innen und Studenten/-innen die augenblickliche Qualität der Dienstleistungen der sächsischen Studentenwerke nicht gewährleistet werden kann. Der Staat hat sich in den letzten Jahren mehr und mehr aus der Finanzierung der StuWe zurückgezogen, so dass die Studenten und Studentinnen die Hauptlast zu tragen haben und folglich auch mehr Rechte auf mehr Mitbestimmung haben.*

## 6. Juniorprofessur

Um der Abwanderung von jungen Wissenschaftler/-innen entgegenzuwirken, muss der Förderung von Nachwuchswissenschaftlern/ -innen größere Bedeutung zukommen. Dazu müssen Qualifikationsmöglichkeiten sowie Rahmenbedingungen geschaffen werden, die ein frühzeitiges selbstständiges Forschen und Lehren ermöglichen. Dies kann insbesondere durch länger befristete Stellen für Nachwuchswissenschaftlern/ -innen erreicht werden. Juniorprofessoren müssen den anderen C- oder W- Professoren rechtlich gleichgestellt werden und dürfen nicht als Professoren und Professorinnen zweiter Klasse behandelt werden. Sie sollten wie die anderen Professoren Angehörige der Gruppe der Hochschullehrer werden.

*Begründung:*

*Juniorprofessuren wurden eingeführt um jungen Wissenschaftlern leichter die Möglichkeit zugeben Professor zu werden. Es wäre daher falsch ihn zwar den Titel aber nicht die Rechte eines Professors zu geben. Die Akzeptanz der Juniorprofessur würde bei ungleichen Rechten sinken, da das ursprünglich bezweckte Ziel konterkariert wird.*

**7. Studienreform / BaMa**

Wir fordern, dass jede Absolventin und jeder Absolvent eines Bachelor- Studiums die Möglichkeit bekommen soll, ihr bzw. sein Studium am jeweiligen Hochschulort auch nach Abschluss des Bachelor- Studiums in einem Master-Programm fortzusetzen. Dazu ist es notwendig, dass die Hochschulen verpflichtet werden an allen Hochschulorten ausreichend Master-Studienplätze anzubieten

Um die vollständige Durchlässigkeit zwischen Bachelor- und Master-Studium zu gewährleisten, fordern wir, dass im Hochschulgesetz für alle Bachelor- Absolventinnen und - Absolventen ein verbindlicher Rechtsanspruch auf einen Master-Studienplatz verankert wird.

Das BAföG muss für das erste konsekutive Master-Studium gelten.

*Begründung:*

*Viele Hochschulen nutzen das BA/MA System, um einen Großteil ihrer Studierenden schneller zu einem (minderwertigen) Abschluss zu führen und versuchen so Kosten zu sparen. Die Folge ist, dass eine zusätzliche Selektionshürde entsteht und einem großen Teil der Bachelor- Absolventinnen und -Absolventen die Möglichkeit genommen wird, sich weiter zu qualifizieren und den von ihnen gewünschten Abschluss zu erwerben.*

*Im Übrigen ist bei den bisherigen Diplom- und Magisterstudiengängen selbstverständlich, dass man nach dem Absolvieren des Grundstudiums einen Rechtsanspruch auf die Fortsetzung des Studiums im Hauptstudium hat. Durch die Einführung neuer gestufter Studiengänge und der Umstellung vorhandener Studiengänge besteht die Gefahr dass diese Selbstverständlichkeit aufgehoben wird, indem der Bachelor als Regelabschluss angesehen wird.*

**Thema: Beitritt der Jusos Sachsen zum Aktionsbündnis gegen Studiengebühren**

Die Jusos Sachsen unterzeichnen den „Krefelder Aufruf“ und möchten dem Aktionsbündnis gegen Studiengebühren beitreten.

Begründung:

Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) ist ein deutschlandweites Bündnis gegen die Einführung von Studiengebühren. Es lehnt Gebühren in jeglicher Form ab. Dies ist auch Beschlusslage des Juso-Landesverband Sachsen.

Der „Krefelder Aufruf“ wurde 1999 initiiert und enthält ein klares Bekenntnis zur Ablehnung von Studiengebühren in jeglicher Form (Erststudiumsgebühren, Zweitstudiumsgebühren, Langzeitstudiumsgebühren, Studienkonten etc.).

Studiengebühren sind unsozial und verhindern den freien Zugang zur Bildung, der in Deutschland als Grundrecht anzusehen ist. Die Einführung von Studiengebühren würde eine noch größere Diskrepanz zwischen den bildungsfernen und den bildungsnahen Schichten bedeuten. Gerade bei den bildungsfernen Schichten würde es zu einem sozialen Druck auf potentielle StudienanfängerInnen im familiären Umfeld kommen, da die Angst besteht, dass das Studium der Kinder finanziell nicht abgesichert ist. Im Zweifelsfall würden Eltern den Kindern trotz guter Leistungen in der Schule vom Studium abraten.

Darüber hinaus darf das Studium nicht zu einem wirtschaftlichen Gut werden, denn es muss das gesellschaftliche und politische Interesse an jeglicher Form von Bildung und Forschung erhalten bleiben. Studiengebühren, und die damit verbundene Studienfinanzierung auf Bildungskreditbasis, würden angehende StudentInnen dazu führen, ihr Studium eher nach eigenwirtschaftlichen als nach neigungsabhängigen Gesichtspunkten auszuwählen. Dies würde auf lange Sicht das Ende vieler kleiner und exotischer Studiengänge bedeuten.

Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren ist ein breites Bündnis aus politischen Jugendverbänden (Jusos, junge Grüne, SOLID und Junge Linke), politischen Hochschulgruppen, Studierendenvvertretungen, SchülerInnenvertretungen und weiteren PartnerInnen. Der Beitritt ist für die Jusos Sachsen kostenlos. Hauptfinanziert wird das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren vom fzs (Freier Zusammenschluss der StudentInnenschaften). Das entscheidungsfindende Gremium ist eine zweimal jährlich tagende Mitgliederversammlung. Die tägliche Arbeit leisten zwei GeschäftsführerInnen, die durch monatliche Sitzungen des Koordinierungsorgans (KO) unterstützt werden. Aus Sachsen ist die KSS (Konferenz sächsischer Studierendenschaften) Mitglied im KO und der StudentInnenrat der Universität Leipzig Mitglied im ABS.

Viele Juso-Hochschulgruppen und Unterbezirke sind schon Mitglied im ABS. Für die Jusos Sachsen ist es Zeit diesem Aktionsbündnis beizutreten um so aktiv am Kampf gegen Studiengebühren mitzuwirken.

Zur Info: <http://www.abs-bund.de>



**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 26.-27. November in Görlitz/Zgorzelec**  
**Antrag B 3**  
**Antragsteller: AK Schule und Bildung**

**Thema: Juso SchülerInnengruppen (JSG) - jetzt auch in Sachsen**

Die Jusos Sachsen unterstützen den Aufbau von regionalen SchülerInnengruppen (JSG). Die Unterbezirke und der Landesvorstand sind aufgefordert, den Aufbau dieser Gruppen zu fördern und sie in ihrer Arbeit zu begleiten.

Der LAK Schule und Bildung steht als Partner bei Aufbau und späterer Arbeit zur Verfügung. Die SchülerInnengruppen sind nach Vorbild von Juso-Hochschulgruppen offen und unabhängig von den Jusos und der SPD. Die zu bearbeiteten Themen entscheiden die SchülerInnengruppen nach ihrer Gründung frei und selbstständig. Dies kann und soll natürlich auch die Beschäftigung mit allgemeinpolitische Themen über das Bildungsthema hinaus beinhalten. Nach Gründung der SchülerInnengruppen erarbeiten die Unterbezirke, die SchülerInnengruppen, der Landesvorstand, der Landesausschuss und der Landesarbeitskreis Schule und Bildung die Möglichkeiten für eine aktive Mitbestimmung der SchülerInnengruppen auf Landesdelegiertenkonferenzen der sächsischen Jusos (LDK-Mandat).

Begründung:

Sachsen ist eines der letzten Bundesländer, wo es noch keine Juso-SchülerInnengruppen gibt. In anderen Landesverbänden wird durch diese Gruppen bereits aktive SchülerInnenarbeit geleistet.

SchülerInnengruppen sollen auf regionaler Ebene eine Vertretung und Anlaufstelle der SchülerInnen innerhalb der Jusos darstellen. Sie bieten in den Städten die Chance das meist studentisch geprägte Jusospektrum zu erweitern; in ländlichen Bereichen sind die JSGs eine gute Möglichkeit, aktive Juso-Gruppen bzw. Juso-nahe-Gruppen ins Leben zu rufen. Da sie ähnlich wie die JHGs auch für SchülerInnen offen sind, die nicht oder noch nicht den Jusos beitreten wollen, wird die Hemmschwelle mitzuarbeiten gesenkt. So besteht auch die Möglichkeit, neue Jusos zu finden und jungen linksinteressierten Menschen die Jusos nahe zu bringen ohne dass eine Dominanz älterer Jusos die SchülerInnen in ihrer Arbeit einengt.

Die Unterbezirke sollten in Zusammenarbeit mit engagierten SchülerInnen vor Ort, dem LAK Schule und Bildung und dem LaVo Gründungsentscheidungen planen. Es empfiehlt sich zum Beispiel mit Hilfe eines/r prominenten Referenten/in in die lokalen Medien zu kommen und ein paar Themen inhaltlich anzudiskutieren. Danach sollte ein gut moderierter Prozess zu Themen und Projekten führen, die die SchülerInnen bearbeiten wollen.

Nach der Gründung einiger SchülerInnengruppen kann eine überregionale Organisation erfolgen und die sächsischen SchülerInnen können sich auch bundesweit auf dem Juso-BundesschülerInnenkongress einbringen. Wenn eine feste Struktur bei den SchülerInnen etabliert ist, macht es Sinn sich über ein eigenes LDK-Mandat und ein eigenes Antragsrecht auf der LDK für die JSG zu unterhalten; dies ist in letzten Absatz des Antrages festgeschrieben.

Der Landesverband muss die Gründung von SchülerInnengruppen vor allem strukturell unterstützen. Der Landesarbeitskreis Schule und Bildung plant ein sachsenweites Gründungsseminar Anfang des nächsten Jahres für alle interessierten SchülerInnen, hier sollen die Grundlagen für Gründung und Funktionieren der JSG gelegt werden. Neben der Vermittlung von strukturellem Wissen und ein paar Methoden soll auch die Planung weiterer Startevents eine Rolle auf diesem Seminar spielen.

Die Unterbezirke haben zunächst die Aufgabe, mögliche Regionen zu benennen und in Rücksprache mit dem LAK Schule und Bildung und dem LaVo die Startevents auf den Weg zu

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 26.-27. November in Görlitz/Zgorzelec**  
**Antrag B 3**  
**Antragsteller: AK Schule und Bildung**

bringen. Nach der Gründung ist eine strukturelle Begleitung wichtig, die aber auf keinen Fall die inhaltliche Unabhängigkeit in Frage stellen sollte.

**Thema: Gerecht! Ausbau der Berufsakademie in Plauen**

Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Ministerin für Wissenschaft und Kunst Barbara Ludwig werden aufgefordert sich für den Ausbau der Berufsakademie in Plauen einzusetzen. Dazu gehören:

- gesetzliche Festschreibung als eigenständige Studienakademie im Sächsischen Berufsakademiegesetz (SächsBAG §3(1))
- angemessene personelle und finanzielle Ausstattung
- Ausweitung des Studienangebots gemäß der vorliegenden Expertenempfehlung

Begründung:

Die Berufsakademie Sachsen umfasst sechs im SächsBAG festgeschriebene Studienakademien und einen Modellversuch. Dieser Modellversuch befindet sich in Plauen. Die Berufsakademie in Plauen ist die einzige staatliche tertiäre Bildungseinrichtung im gesamten Vogtland - für über 250.000 Menschen. Mit derzeit etwa 300 Studierenden an der Studienakademie ist der Bedarf an akademischer Ausbildung im Vogtland bei weitem nicht gedeckt.

Jedoch wissen leider sowohl Unternehmen als auch die Bevölkerung teilweise nichts von der Existenz dieser Einrichtung. Dies ist hauptsächlich der zu geringen personellen Ausstattung der BA geschuldet. Im Moment stehen nicht einmal ein Leiter für jeden der bisher drei Studienrichtungen Handel, technisches Management und Management im Gesundheitswesen zur Verfügung. Aktive Werbung für mehr Studierende und mehr Praxispartner ist so momentan kaum möglich.

Trotz dieser schwierigen Umstände konnte durch das persönliche Engagement des Projektleiters die Attraktivität der Akademie gestärkt und die Studierendenzahl kontinuierlich gesteigert werden. Und auch die Stadt Plauen hat die Wichtigkeit der Berufsakademie erkannt und baut derzeit die ehemalige Handelsschule im Zentrum der Stadt um und bietet dem Freistaat damit hervorragende Studienbedingungen für bis zu 800 Studierende.

Aus der Notwendigkeit von mehr akademischer Bildung, sowie der Unterversorgung der Region Vogtland mit tertiären Bildungseinrichtungen ergibt sich die klare Notwendigkeit den Standort auszubauen und Plauen nicht länger gegenüber den anderen BA-Standorten zu benachteiligen.

Thema: Durchführung eines Betriebspraktikums in der Oberstufe

Die SPD-Fraktion im sächs. Landtag wird aufgefordert wird, sich für die Einführung einer Orientierungszeit während der gymnasialen Oberstufe stark zu machen.

Begründung:

Um die Ausbildung der Abiturientinnen/-en unseres Landes praxisorientierter zu gestalten, wie es in der Wirtschaft oft erwartet wird, fordern wir die Einführung eines Betriebspraktikums im Umfang von drei Wochen an Gymnasien während der Oberstufe.

Im Gegensatz zum bereits verpflichtenden Praktikum in der Jahrgangsstufe 9 sind die Schüler/-innen in den Stufen 11 oder 12 zumeist bereits informiert über ihre beruflichen Ziele und ihre Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt, so dass wir denken, ein Praktikum in einem Wirtschaftsbetrieb wird den Schülerinnen und Schülern Einblick in die Arbeitswelt gewähren, aber auch als Orientierungshilfe für die spätere Laufbahn dienen.

Außerdem werden insbesondere in praxisorientierten Studiengängen zumeist Praktika vorausgesetzt. Ein studienrichtungsorientiertes Praktikum könnte also bereits für das Studium angerechnet werden.

Durch die Präsenz in einem Unternehmen können bereits Kontakte für die nähere Zukunft geknüpft werden und zudem werden die Schülerinnen und Schüler durch die an sie gestellten Anforderungen in Verantwortungsbewusstsein und Selbständigkeit trainiert.

Auch die eigenständige Kontaktaufnahme zu einem Unternehmen und die daraus resultierende Erstellung einer Bewerbung fördern wichtige Fähigkeiten im Rahmen einer berufsqualifizierenden Ausbildung.

Für die Unternehmen, die ein solches Praktikum durchführen, bietet sich hierdurch die Möglichkeit in einer wichtigen Phase der Ausbildung einen Eindruck vom Leistungsvermögen einer/-s Interessentin/-en zu bekommen, noch bevor eine Abschlussnote vorliegt, die nur bedingt den Fähigkeitsgrad der/des Absolventin/-en widerspiegelt.

Thema: Schule vorbei - Was soll aus mir werden?

Studien- und Berufsinformation muss an Schulen umfassend verbessert werden.

Es muss das Thema im Lehrplan fundiert und umfassend integriert werden. Langfristig soll ein Unterrichtsfach zum Thema Studien- und Berufsinformation eingerichtet werden, um den SchülerInnen die verschiedensten Möglichkeiten für den Studien- und Berufseinstieg vorzustellen. Darüber hinaus sollen Kompetenzen, beispielsweise in den Bereichen Bewerbung, Berufsaussichten und Studienmanagement vermittelt werden. Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen müssen für die unterrichtenden LehrerInnen entwickelt und diesen angeboten werden.

#### Begründung:

Im Bereich Studien- und Berufsinformation gibt es in Sachsen viele Defizite. Der Landesarbeitskreis Schule und Bildung möchte sich in Zukunft intensiver mit diesem Thema auseinandersetzen. Dieser Antrag soll ein Einstieg in das Thema sein um für die Jusos Sachsen Studien- und Berufsinformation als Betätigungsfeld festzusetzen.

Im Bereich Studieninformation kommen für die Schulen und Hochschulen große Aufgaben heran. Den zukünftigen StudentInnen müssen die umfangreichen Veränderungen im europäischen Hochschulsystem (Bologna-Prozess / Umstellung auf Bachelor / Master) nahe gebracht werden. Weiter muss an Schulen mehr Vorarbeit für das Studium vermittelt werden. Dies bedeutet den SchülerInnen Kompetenzen zu geben, um sie sich in allen Bereichen des Studiums (beispielsweise Hausarbeiten, Studienordnungen, Referate halten u.s.w.) zurecht finden. Auch eine umfassende Information über Zulassungskriterien muss an der Schule erfolgen. Schon in der Sekundarstufe eins müssen die SchülerInnen aufgeklärt werden, welche Zulassungsvoraussetzungen es für das spätere Studium gibt. Hier muss besonders über die Sprachvoraussetzungen (moderne Fremdsprachen bzw. Latein) informiert werden, damit die SchülerInnen auch gezielter ihre Fremdsprachen wählen können.

Im Bereich Berufsinformation brauchen die SchülerInnen Grundlagen beim Bewerbungsverfahren. Im Unterricht müssen den SchülerInnen Kompetenzen für die Bewerbung (rechtliche Grundlagen / Anfertigung einer Bewerbung u.s.w.) beigebracht werden. Auch Informationen über die Lage am Arbeitsmarkt oder einen berufsbedingten Wohnortswchsel sollen den SchülerInnen ihre Berufswahl ermöglichen und erleichtern.

In dem hier besprochenen „Studien- und Berufsinformations“ - Unterricht soll die Frage nach den persönlichen Neigungen der SchülerInnen stark einbezogen werden, um so Hilfe zu geben das richtige Studium oder den richtigen Beruf zu wählen. Hierbei soll das Hauptaugenmerk auf den persönlichen Interessen der SchülerInnen liegen. Die bisherigen Möglichkeiten in diesem Bereich, die das Berufsinformationszentrum (BIZ) anbietet, sind völlig unzureichend.

Der Lehrplan des Gemeinschaftskundeunterricht und perspektivisch der eines eigenen Unterrichtsfach „Studien- und Berufsinformation“ muss nach den oben genannten Gesichtspunkten verändert werden. An diesem Prozess sollen SchülerInnen, Schulen, Eltern, ArbeitgeberInnen und Hochschulen beteiligt werden.

Schließlich soll die Studien- und Berufsinformation durch eine umfassende Zusammenarbeit zwischen Schule, Eltern, SchülerInnen, Hochschulen, staatlichen Stellen, StudentInnenvertretungen, Gewerkschaften und ArbeitgeberInnenverbände optimiert werden um für die SchülerInnen eine möglichst ausführliche Beratung und Vorbereitung auf das Berufsleben anzubieten.

**Thema: Gleichberechtigte Teilhabe finanziell Bedürftiger an den Kultureinrichtungen**

Die Jusos Sachsen fordern die Partei und die sächsische Landtagsfraktion der SPD auf, darauf hinzuwirken, dass der Eintritt in sächsischen Museen kostenfrei wird.

Dazu sollen

1. von allen sächsischen Museumseinrichtungen ermäßigte Jahreskarten für die Ermäßigungsberechtigten (Rentner/innen, Schwerbeschädigte, Schüler/innen, Student/innen und Inhaber/innen des Dresdenpasses, Leipzig/ Chemnitz etc.) und Geringverdienenden, Arbeitslosen und Familien mit drei Kindern angeboten,
2. den Bezieher/innen von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II gegen Vorlage eines entsprechenden Nachweises regelmäßig der kostenfreie Eintritt in sämtliche Dauer- und Sonderausstellungen der musealen Einrichtungen gewährt,
3. in allen sächsischen Museen mindestens einmal wöchentlich wenigstens 2 Stunden Öffnungszeiten, die für alle Besucher/innen eintrittsfrei sind eingeführt,

Begründung

Trotz der üblicherweise gewährten Reduzierung ist der Eintrittspreis für museale Einrichtungen gemessen an der aktuellen Höhe der Regelsätzen von Sozialhilfe, ALG II etc. eine verhältnismäßig hohe Aufwendung, die eine erhebliche Barriere für die Teilhabe am kulturellen Leben darstellt. Das hat zur Folge, dass gegenwärtig und tendenziell wohl zunehmend, weite Bevölkerungsteile gezwungen sind, mangels entsprechender Mittel auf Museumsbesuche zu verzichten.

In den Museen der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden beträgt z. B. der ermäßigte Eintritt zwischen 2,50 Euro und 3,50 Euro (gegenüber dem Normalpreis von bis zu 6,00 Euro). Mit einer Tageskarte ist der ermäßigte Eintritt in alle 12 Museen zu 6,00 Euro (gegenüber 10,00 Euro Normalpreis) möglich. Eine Jahreskarte kostet für alle 20,00 Euro. Dabei sind Ermäßigungsberechtigte benachteiligt, da diese entsprechend mehr Einzelbesuche unternehmen müssten, um eine Ersparnis im Vergleich zu Einzel- oder Tageskarten zu bemerken.

Die zum Preis von 15,00 Euro angebotene Kult-Tour-Card gestattet Jugendlichen bis 27 Jahre für die Dauer von 12 Monaten neben anderen Vergünstigungen (z. B. beim Erwerb von Opern und Theaterkarten) jeweils Dienstag und Donnerstag zwischen 16.00 und 18.00 Uhr den freien Eintritt in allen Museen der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden. Vor diesem Hintergrund wäre es denkbar, die eintrittsfreie Öffnungszeiten auch auf andere Besucher/innen auszudehnen, sowie für Ermäßigungsberechtigte in allen Einrichtungen eine ermäßigte Jahreskarte anzubieten, wie dies in städtischen Museen z. T. bereits erfolgt.

Ohne nennenswerte Verluste für die Träger der Museen besorgen zu müssen, dürfte auch ein generell freier Eintritt für ALG II und Sozialhilfeempfänger/innen praktikabel sein, weil davon auszugehen ist, dass diese Bevölkerungsteile gegenwärtig mangels individueller Finanzierbarkeit häufig gänzlich auf den Besuch von Museen verzichten. In den Staatlichen

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 26.-27. November 2005 in Görlitz/Zgorzelec  
Antrag B 7  
Antragsteller: UB Dresden-Elbe-Röder

Museen zu Berlin ist das übrigens, ebenso wie 4 Stunden wöchentlich generell freier Eintritt, bereits gängige Praxis.

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 26.-27. November 2005 in Görlitz/Zgorzelec  
Antrag B 8  
Antragsteller: AK Hochschule

Thema: Bildung ist mehr als eine ökonomische Notwendigkeit- Nein zur TU Dresden Stiftung!

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Wir lehnen den Plan der Universitätsleitung der TU Dresden, selbige in eine Stiftung öffentlichen Rechts umzuwandeln, sowie das dazu vorgelegten Eckpunktepapier ausdrücklich ab.

Begründung:

Die Hochschulen Sachsens sind integraler Bestandteil der Gesellschaft und gestalten über ihre Lehre und Forschung unser Land mit. Aufgrund dieser gesamtgesellschaftlichen Bedeutung werden sie im Idealfall auch demokratisch kontrolliert. Die angestrebte Überführung der TU Dresden in eine Stiftung erscheint vor diesem Hintergrund problematisch.

Die TU Dresden sowie das Universitätsklinikum samt der Medizinischen Fakultät der TU Dresden sollen gemäß dem Wunsch der Universitätsleitung durch eines „TU Dresden-Gesetz“ in eine Stiftung öffentlichen Rechts überführt werden- in einer für Deutschland einmaligen Form. Die TU Dresden ist danach umfassend für die Regelung ihrer Belange zuständig, insbesondere für Personal-, Grundstücks- und Bauangelegenheiten. Sie besitzt Personalhoheit. Die von ihr genutzten Grundstücke und das bewegliche Vermögen gehen aus dem Eigentum des Staates unentgeltlich in Stiftungseigentum über.

*Das Konzept sieht vor, dass die Entscheidungskompetenzen darüber (sowie auch über Hochschulentwicklungsplanung, Gliederung der TU Dresden, Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen, Wirtschaftsplanentwurf, Berufung von Professoren) allein im Stiftungsrat und im dem Stiftungsvorstand gebündelt werden, welcher sich zur Hälfte aus Vertreter/innen der Wirtschaft zusammensetzt und die Universität nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten führen soll. Die übrigen Gremien sollen in fakultätsübergreifenden Fragen der Hochschulorganisation- wenn überhaupt – nur beratend einbezogen werden. Faktisch beschreibt das Konzept daher eine Abschaffung der Gruppenuniversität. In der jetzigen Organisationsform wird ein Großteil der Entscheidungen von Gremien getroffen, in denen die verschiedenen Interessengruppen an der Universität miteinander sprechen und gemeinsam Mehrheitsentscheidungen aushandeln müssen. Die dadurch erreichte Pluralität der Perspektiven, welche sich in den Entscheidungen niederschlägt, der dadurch erreichte Grad an Verständnis für andere Standpunkte und für die Gesamtsituation stellen darüber hinaus eine weitere Funktion dar, die durch autokratische Entscheidungsweisen nicht gegeben ist. Sie stellen Akzeptanz für Entscheidungen her, was eine zügige Umset-*

*zung von Beschlüssen fördert. Die Verwaltungsform nach dem Stiftungskonzept vermag dies nicht zu schaffen!*

*Im Bezug auf die Personalhoheit wurde des Weiteren bereits die Möglichkeit des Ausstieges aus dem Tarifvertrag und der VBL angekündigt und auch die kostengünstige Vergabe von Räumen der TU an studentische Organisationen wurde in Frage gestellt. Auch das kann nicht im Sinne sozialdemokratischer Hochschulpolitik sein!*

*Die mit diese Umwandlung angestrebte finanzielle Gesundung der TUD ist darüber hinaus sehr fraglich, da nicht zu erwarten ist, dass die Industrie eine wirtschaftlich geführte Universität künftig mit Geldern überhäufen wird. Selbst dann nicht, wenn die Hälfte der Ratsmit-*



Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 26.-27. November 2005 in Görlitz/Zgorzelec  
Antrag B 8  
Antragsteller: AK Hochschule

*glieder Vorstandvorsitzende irgendwelcher Unternehmen sind. Eher ist zu erwarten, dass eine nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführte Universität die Gelder intern umstrukturiert wird und für die Wirtschaft nicht relevante Bildungs- und Forschungszweige den Geldhahn zugedreht bekommen. Die gesamte Forschung und Bildung an der TUD würde damit ökonomischen Prinzipien unterworfen. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten muss Bildung aber mehr sein, als eine ökonomische Notwendigkeit!*

Thema: Partei 2007

Die Mitglieder sind die Partei

Wir Jusos Sachsen stimmen mit Stefan Brangs in seiner Analyse überein, wenn er sagt: "Die sächsische Sozialdemokratie steht unabhängig vom Mangel an Inhalten vor schwierigen strukturellen Problemen." Wir erkennen, dass wenn es uns nicht bis rechtzeitig vor den nächsten Wahlen gelingt, unsere Partei grundlegend umzugestalten, wir gerade die Chancen vergeben, die sich uns durch die Regierungsbeteiligungen in Bund und Land bieten. Nur dadurch wird es uns gelingen, in der Öffentlichkeit wieder als die treibende und sozial gerechte Reformkraft wahrgenommen zu werden.

Wir formulieren hiermit in einem umfassenden Entwurf, wie unserer Meinung nach die SPD Sachsen im Jahr 2007 grundsätzlich aufgestellt sein sollte. Dabei halten wir eine bloße Verbandsstrukturreform, die bis jetzt im Fokus der parteiinternen Diskussion stand, für nicht ausreichend. Die Partei, die wir als zukunftsfähig verstehen, muss sich in allen innerparteilichen und öffentlichen Fragen an einem in sich geschlossenen Gesamtkonzept ausrichten. Dazu gehören neben einer sinnvollen Verbandsstruktur die Bereiche Personalentwicklung, Mitgliederbetreuung, strategische inhaltliche Arbeit und Öffentlichkeitsarbeit.

## Verbandsstruktur

Grundlage für eine erfolgreiche politische Arbeit in und mit unserer Partei ist eine umfassende Neuordnung der politischen und hauptamtlichen Strukturen. Wir halten jede eigenwillige Form losgelöst von bestehenden Verwaltungseinheiten für suboptimal. Eine Deckung zwischen den politischen Entscheidungsstrukturen in unserer Partei und den Kommunen ist die Grundlage einer basisorientierten Parteiarbeit.

Die absehbare Kreisgebietsreform sollte auch parteiintern der Anlass sein, eigene Entscheidungsstrukturen anzupassen. Wir gehen von einem wahrscheinlichen Ordnungsmodell aus, dass Sachsen in zwölf Landkreise und drei Kreisfreie Städte gliedert. Eine solche daran angelehnte Kreisverbandsstruktur sollte auch der politische Mittelbau unseres Landesverbandes sein. Die teilweise überproportionierten Unterbezirke haben sich als für die funktionale, politische Parteiarbeit als größtenteils nicht optimal erwiesen.

Doch sind wir uns der finanziellen Lage unserer Partei sehr wohl bewusst, so dass der Wunsch, jedem Kreis-/ Stadtverband eine Planstelle mitsamt einer Geschäftsstelle zur Verfügung zustellen, in nächster Zukunft nicht realisiert werden kann. Dennoch wollen wir mit diesem Konzept sicherstellen, dass parteiintern eine flächendeckende Basisnähe erreicht werden kann.

Der vernünftige Konsens, der sich aus der derzeitigen Lage unserer Partei ergibt, besteht darin, die politischen Gremien von den organisatorischen Strukturen der hauptamtlichen MitarbeiterInnen des Landesverbandes zu trennen. Während wir also als politischen Mittelbau Kreis- bzw. Stadtverbände im Zuschnitt der Landkreise bzw. Kreisfreien Städte fordern – und dieser Aufbau die Unterbezirke in der ehrenamtlichen Parteiarbeit ersetzt; halten wir als organisatorische Gliederung ein Netz von fünf Regionalgeschäftsstellen mit der Beschäftigung von jeweils zwei Hauptamtlichen für die Minimalvariante.

Verstärkt wird dieses Büronetz durch eine sinnvolle Verteilung der Mandatsträgerbüros, die wir verstärkt und in Absprache mit den Parteigliederungen vor Ort in die Pflicht nehmen müssen.

Mit einer solchen organisatorischen Neueinteilung des Landesverbandes bieten wir in allen Teilen Sachsens sowohl den Parteimitgliedern als auch den Bürgerinnen und Bürgern erreichbare Anlaufstellen an.

In Folge dieser gesamten Umgestaltung werden nur noch 16 Planstellen im Landesverband benötigt, wenn man davon ausgeht, dass neben 10 in den Regionalgeschäftsstellen Beschäftigten noch sechs Stellen in der Landesgeschäftsstelle vorhanden sind. Zu diesen Stellen zählen wir eineN LandesgeschäftsleiterIn, eineN MitarbeiterIn für Organisation, eineN für Finanzen und eineN für die Arbeitsgemeinschaften. Zusätzlich bleiben die Position einer PressesprecherIn und einer/s SekretärIn. Damit ist für uns die Weiterführung einer Auszubildendenstelle ebenfalls möglich.

Die Parteipräsenz wird konzentrierter; die Gliederung sinnvoller; die politische Arbeit basisnäher.

Neben einer Neuordnung der Gliederung und der Aufteilung der Hauptamtlichenstruktur bedarf es gleichfalls Veränderungen an der politisch verantwortlichen Landesverbandsspitze. Mit der Regierungsverantwortung und der Einbindung führender Vorstandsmitglieder in Regierungs- und Fraktionsämtern fehlt der Landespartei eine ungebundene Vertretung. SPD-Politik muss unabhängig von Koalitionswängen diskutiert und artikuliert werden können. Der Landesvorstand als Gesamtgremium schafft es nicht, die starke Einbindung unseres Landesvorsitzenden in die Regierungsgeschäfte zu kompensieren.

Wir Jusos Sachsen fordern daher eineN GeneralsekretärIn, die/der für die politische Führung des Landesverbandes in Ergänzung des Landesvorstandes zuständig ist. Er wird vom Parteitag gewählt und bestimmt im Einvernehmen mit dem Landesvorsitzenden die politische Arbeit der Landespartei. Es ist unabdingbar, dass der SPD-Landesverband endlich eine wirkungsvolle und effektive politische Führungsspitze erhält, die dem Landesverband Richtung und Potenz verleiht.

## **Personalentwicklung**

Wir fordern von der SPD Sachsen ein Konzept zur Umsetzung einer strategischen Personalplanung. Nur dadurch kann eine nachhaltige Verbandsarbeit gesichert werden. Damit muss hauptsächlich eine langfristige Personalplanung verfolgt werden, anstatt beispielsweise vor Wahlen in kurzfristigen Aktionismus zu verfallen. Wir wünschen uns eine strategische Weitsicht bei der Aufstellung potentieller KandidatInnen auf allen Ebenen, was voraussetzt, Nominierungen offener und frühzeitiger vorzunehmen.

Daran knüpft an, dass die meist kurzfristig gefundenen potentiellen Kandidatinnen und Kandidaten nicht die notwendige Qualifikation mitbringen. Dem muss künftig mit einem breiten Qualifizierungsangebot vorgebaut werden. Dies gilt nicht nur für potentielle KandidatInnen, sondern für alle FunktionsträgerInnen und interessierte Mitglieder in unserer Partei. Seminare zu Sitzungsleitung, Moderation, Rhetorik und Personalführung sollten regelmäßig angeboten werden und ab gewissen Funktionsebenen zur Standardqualifizierung gehören.

Wir Jusos bieten unseren Mitgliedern seit Jahren eine breite Palette an Einstiegs- und Weiterbildungsveranstaltungen an und verschiedenen parteinahen und parteiinternen Bildungseinrichtungen zusammen.

Grundlegender Ansatz bei allen Personalentscheidungen sollte die bewusste Förderung von Frauen sein. Einhergehend damit muss der Ansatz des gender mainstreaming noch tiefer in unserer Partei verankert werden. Es gibt genügend beschlossene Anträge, deren Umsetzung leider verzögert oder ignoriert wird.

## Mitgliederentwicklung

Die Analyse unserer gesamten Parteimitgliedschaft offenbart nicht nur die geringe Mitgliederzahl, sondern eine homogene Mitgliederstruktur, die sehr von bildungsnahen sozialen Milieus geprägt ist. Daraus erwächst für uns automatisch der Anspruch, auch andere Zielgruppen für eine aktive Mitwirkung in unserer Partei zu gewinnen. Dabei sehen wir vor allem eine engere Zusammenarbeit mit ursprünglich SPD-nahen Vorfeldorganisationen als notwendig an. Gewerkschaften und Sozialverbände dürfen ihren politischen Ansprechpartner nicht in der Linkspartei sehen. Konkret fordern wir die Reaktivierung des Gewerkschaftsrates und eine Stärkung der Arbeitsgemeinschaft für ArbeitnehmerInnenfragen.

Unsere Partei wird merklich jünger, denn der überwiegende Teil der Beitretenden befindet sich im Jusoalter. Hier ist es wichtig, diese so gut wie möglich in die Arbeit unseres Verbandes einzubinden. Dazu ist eine bewusste Zielgruppenbetreuung notwendig, die sich auch in der personellen Besetzung der Landesgeschäftsstelle widerspiegeln muss. Die Arbeitsgemeinschaften – und hierbei hauptsächlich die Jusos - benötigen hauptamtliche Unterstützung in Form eines eigenen Referenten für AGs. Auch die Fahrzeuge des Landesverbandes müssen für die politische Arbeit der Arbeitsgemeinschaften zur Verfügung stehen.

## Inhaltliche Arbeit

Die inhaltliche Arbeit einer Partei sollte weder durch die Verbandsspitze noch durch die Landtagsfraktion dominiert werden. Wir möchten die Ortsvereine und Kreisverbände in diese Arbeit in stärkerem Maße einbinden. Politik wird auf unterster Ebene von den Genossinnen vor Ort vertreten, muss also auch vorher dort diskutiert und kann damit von einer breiten Basis getragen werden. Erst eine verstärkte Vernetzung zwischen der Landtagsfraktion, den Arbeitsgemeinschaften und den Parteigliederungen trägt den notwendigen Diskurs in die ganze Partei. Flächendeckende inhaltliche Arbeit in landesweiten Arbeitskreisen ist eine Grundlage für die aktive Einbindung der Mitglieder in einem funktionierenden Verband – die Jusos stellen dies mit mehreren aktiven Landesarbeitskreisen seit Jahren unter Beweis. Damit kann man nicht nur ein hohes Niveau an politischer, inhaltlicher Ausrichtung halten; thematische Diskurse quer über den Landesverband sind für die SPD Sachsen fruchtbarer als ein Streit aufgrund regionaler, persönlicher oder taktischer Befindlichkeiten. Wenn es eine inhaltliche Arbeit in diesem Landesverband gibt, gibt es auch wieder einen Landesverband!

## Öffentlichkeitsarbeit

Die Geschäftsstellen von Kreis- und Landesverband müssen grundsätzlich das Selbstverständnis von DienstleistungserbringerInnen für Mitglieder und Interessierte ausbilden. Dazu gehört zu allererst eine öffentlichkeitswirksame Lage der Büroräume. Es muss erklärtes Ziel sein, in jeder größeren Stadt mit einem offenen Ladenlokal präsent zu sein. Dabei ist die sinnvolle Verteilung von Regionalgeschäftsstellen und MandatsträgerInnenbüros unentbehrlich.

Hauptamtliche Mitarbeiter sind nicht zur Verwaltung einer anonymen Masse von Parteimitgliedern da, sondern dienen zur Bereitstellung von organisatorischer Unterstützung der ehrenamtlichen Parteiarbeit unserer Mitglieder. Um dieses Selbstverständnis zu befördern, muss eine vorausgegangene aktive Parteimitgliedschaft als eine maßgebliche Einstellungsbedingung gelten. Das Selbstverständnis der Dienstleistung äußert sich in der Teilnahme und der aktiven Förderung von ehrenamtlichem Engagement.

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 26.-27. November 2005 in Görlitz/Zgorzelec**

**Antrag S 1**

**Antragsteller: Juso-Landesvorstand**

Die wenigen Ressourcen des Landesverbandes müssen so effektiv wie möglich (aus)genutzt werden. Dazu gehört neben der öffentlichkeitswirksamen Ausrichtung der Geschäftsstellen und Mandatsträgerbüros auch ein offensiver Auftritt der Partei: Büroräume müssen zentral gelegen, sichtbar und zugänglich sein; Fahrzeuge sind rundum zu beschriften; an zentralen

Stellen sollten öffentliche SPD-Informationstafeln angebracht werden. Wir können und dürfen uns unsichtbare und unauffindbare Verwaltungsbüros nicht leisten!

**Fazit**

Wir können unsere derzeitige strukturelle Schwäche in Sachsen nur mit einem umfangreichen Konzept ausgleichen. Stückwerkhafter Aktionismus und zögerndes Abwarten wird unsere Partei nicht aus ihrem Tief herausholen. Wir fordern ein bedingungsloses Umdenken im Sinne der Partei.

Unser Ansatz ist tief greifend, aber dafür umfassend und in sich schlüssig. Strukturelle Neugliederungen gehen einher mit der Verbesserung inhaltlicher Arbeitsweisen und dem öffentlichen Auftreten unserer Partei. Wir wollen den Übergang selbstverständlich sozialverträglich gestalten, das Ziel, eine innere Reform unseres Landesverbandes, um ihn in Zukunft zu einer effektiv funktionierenden politischen Organisation zu machen, muss aber in absehbarer Zeit umgesetzt werden.

Wir Jusos werden uns nach Kräften an einer erfolgreichen Realisierung dieses Entwurfes beteiligen und fordern, dass der ganze Reformprozess bis 2007 abgeschlossen ist, um arbeits- und kampagnenfähig in die nächste Wahlphase starten zu können.

Thema: Demokratische Meinungsbildung auf SPD-Parteitagern sichern  
Antragskommissionen entmachten

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Antragskommissionen haben lediglich eine organisatorische Funktion für  
SPD-Parteitage.

Sie sind:

- für die thematische Reihung/Gruppierung der eingegangenen Anträge,
- für die Feststellung der eventuell bereits bestehenden Beschlußlage,
- für die Vorlage von Anträgen in beide Geschlechter umfassender Sprache

verantwortlich.

Darüber hinaus ist Mitgliedern von Antragskommissionen unbenommen, sich  
um verbessernde Änderungen vorliegender Anträge zu mühen, dies allerdings in Form von  
Änderungsanträgen, die sie wie alle anderen Delegierten auch auf den Parteitagern einzu-  
bringen und zu verteidigen haben.

Antragskommissionen sind nicht zur Abgabe eines Votums über die Annahme oder Ableh-  
nung oder zur Vorlage einer „Fassung der Antragskommission“ berechtigt. Vom Tagungs-  
präsidium werden die Anträge „in der vorliegenden Form“ zu Abstimmung gestellt.

Diese Festlegungen sollen Eingang in die Statuten/Geschäftsordnungen der jeweiligen, sich  
einer Antragskommission bedienenden Gliederung finden.

Weiterhin ist auf ein verändertes Rollenverständnis der Mitglieder der Antragskommission  
hin zu wirken, sich weniger als „Vorparlament“, sondern als Dienstleister für einen zeitlich  
optimierten und demokratischen Meinungsbildungsprozess zu verstehen.

Ebenfalls ist die Vorstellung des Antrags Sache des/der Antragstellers/in und nicht Sache  
des/der Sprechers/in der Antragskommission.

#### Begründung:

Wir wollen lebendigen Diskurs und demokratische Meinungsbildung in allen  
beschlußfassenden Gremien der SPD.

Antragskommissionen tendieren dazu, die inhaltliche Auseinandersetzung  
auf Parteitagern vorweg zu nehmen. Die Entscheidung der Antragskommission  
wirkt meist als direkte Weichenstellung für die gestellten Anträge. Dies

trifft insbesondere auf die „geänderten Fassungen“ zu.

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 26.-27. November 2005 in Görlitz/Zgorzelec

Antrag S 2

Antragsteller: UB Dresden-Elbe-Röder

Eine derart große Einflußnahme auf den inhaltlichen Willensbildungsprozess seitens eines kaum demokratisch legitimierten Gremiums ist inakzeptabel. Sie hat zudem den Neben-

effekt, dass der gute demokratische Gebrauch der Änderungsanträge aus den Gliederungen und Delegationen verschwindet. Wir haben schon jetzt in Sachsen Unterbezirke, die keine Delegiertenvorbesprechung kennen – insbesondere keine, die Antragsberatung zum Gegenstand hat.

Ein Ringen mit den besten Argumenten um die beste Lösung findet seltener statt.

Wo, wenn nicht auf Parteitag, soll inhaltliche Auseinandersetzung von allen geführt werden. Delegierte/r zu sein bedeutet Verantwortung und Ehre zugleich. Dies muß wieder spürbar gemacht und eingefordert werden. Die Delegation von Verantwortung in kleine Zirkel hat die älteste demokratische Partei Deutschlands in ihrem Stammland nicht nötig.

Thema: Transparenz und Verantwortung

Für eine angemessene Rechenschaftslegung der Funktionsträger/innen der SPD Sachsen

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Die SPD Sachsen etabliert verbindliche Mechanismen der politischen Rechenschaftslegung für ihre Funktionsträger/innen.

1. auf Landesparteitagen der SPD-Sachsen wird zukünftig vor Wahlen wichtiger Gremien und Mandate, wie dem Landesvorstand und der Vertreter im Bundesparteirat eine umfassende Möglichkeit der Vorstellung der Kandidat/innen Raum gegeben.
2. Die Kandidat/innen sind angehalten, weniger über Alter und Hobbies, als über ihre politischen Arbeitsschwerpunkte und Ziele Auskunft zugeben. Neben der mündlichen Vorstellung fordern wir auch eine knappe schriftliche Vorstellung zu den selbstgestellten politischen Aufgaben.
3. Der SPD-Landesvorstand weist seinen Mitgliedern klare Verantwortlichkeiten zu. Diese werden den Genossinnen und Genossen im Landesverband auf geeignete Weise transparent gemacht.
4. Die Erfüllung der im Rahmen der persönlichen Verantwortlichkeiten anfallenden Aufgaben, eigene Initiativen etc. werden von den Landesvorstandsmitgliedern in persönlichen knappen Rechenschaftsberichten dem nächsten Landesparteitag zusammen mit dem Antragsbuch schriftlich zugänglich gemacht.
5. Ebenfalls ist der Landesparteitag über die regelmäßige Teilnahme an den Landesvorstandssitzungen in Kenntnis zu setzen.
6. Ausgenommen von den unter 2-4 aufgeführten Punkten sind der/die Landesvorsitzende und der/die Schatzmeister/in, da hier Rechenschaftslegung schon statuarisch festgelegt ist.

Begründung:

Der Landesvorstand ist das Arbeitsgremium der sächsischen SPD. Er ist somit für die laufende Arbeit der Partei von elementarer Bedeutung. Dementsprechend kann seine Wahl nicht beliebig sein. Weisse Personalentscheidungen lassen sich nur auf Grundlage größtmöglicher Transparenz und Information treffen. Dafür dienen die oben aufgeführten einfachen Regeln politischer Rechenschaftslegung. Rechenschaftslegung ist keine zeitraubende bürokratische Angelegenheit. Sie ist Chance für Reflexion und Austausch. Vor allem ist sie selbstverständlich.



Thema: Freiheit und Sicherheit im Informationszeitalter: Grundrecht Datenschutz!

- (1) Die Datenschutzgesetze sind dahingehend zu novellieren, dass die individuelle, verdachtsunabhängige elektronische Erhebung, Speicherung und Auswertung personenbezogener Daten durch Hoheitsträger und Private gesetzlich untersagt wird.
- (2) Die zentrale elektronische Speicherung, Auswertung und Weitergabe personenbezogener Daten durch Hoheitsträger oder Private bedarf einer qualifizierten Zustimmung seitens der betroffenen Personen. Die elektronische Speicherung, Auswertung und Weitergabe personenbezogener Daten gegen deren Willen ist unter einen Richtervorbehalt zu stellen.
- (3) Mittelfristig ist der Art. 2 GG dahingehend neu zu fassen, dass das Recht auf informationelle Selbstbestimmung exponiert hervorgehoben wird und Eingriffe unter einem qualifizierten Gesetzesvorbehalt gestellt werden.

Begründung:

Freiheit und Sicherheit: Seit jeher beschreiben diese Begriffe antagonistische Ansprüche. Die Freiheit ist Ausdruck des Rechts zur Selbstbestimmung, der Selbstbewahrung und Selbstdarstellung eines jeden Menschen. Nun ist es augenscheinlich, dass aus einem wildwüchsigen Gebrauch der Freiheitsrechte Konkurrenzen, gar Kollisionen resultieren. So lässt sich etwa aus dem Recht der allgemeinen Handlungsfreiheit einer Person keine Beschränkung des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit einer zweiten Person ableiten. Das Konzept der Sicherheit versucht nun die konfligierenden, freiheitlichen Ansprüche auszugleichen, indem die einseitige Rechtsverletzung nicht erst nach ihrem Auftreten, sondern bereits präventiv sanktioniert und dergestalt unterbunden, geradezu unmöglich gemacht werden soll.

Allerdings vermag das Konzept der Sicherheit nicht nur Konkurrenzen und Kollisionen aufzulösen. Ganz im Gegenteil: Es schafft vielmehr völlig neue. Will das Konzept seinen eigenen Anspruch in Gestalt der präventiven Unterbindung einer Rechtsverletzung genügen, muss es diese bereits im Zeitpunkt ihrer Grundlegung unterbinden. Problematisch gestaltet sich hier deren Identifizierung, schlummert doch nahezu in jeder Person das Potential einer Rechtsverletzenden Handlung oder einem Unterlassen. Es ist nur konsequent, wenn das Konzept der Sicherheit all diese potentiellen Täter, die kongruent zur Gesamtheit der Gesellschaft sind, zu Objekten der Prävention macht. Doch eben diese Präventionsmaßnahmen schränken ihrerseits selbst die Freiheit Aller ein.

In der Vergangenheit waren die Präventionsmaßnahmen und damit die Eingriffe in den freiheitlichen Schutzbereich der Bürgerinnen und Bürger überschaubar, da sie ihre Grenzen in der personellen Ressourcenausstattung öffentlicher Sicherheitsbehörden fanden. Heute sind diese Restriktionen durch die technologische Revolution des Informationszeitalters marginalisiert. Lückenlose Videoüberwachung, die Erstellung von Persönlichkeits- und Verhaltensprofilen sowie die Speicherung personenbezogener Daten ohne das ausdrückliche Einverständnis der Betroffenen sind heute zur akzeptierten Gewohnheit geworden. Eine besondere Qualität stellen in diesem Zusammenhang die Ambitionen öffentlicher Sicherheitsbehörden dar. Unter dem Dogma einer diffusen Gefährdungslage durch das organisier-

te Verbrechen und den internationalen Topterrorismus wird ein unbestimmtes Gefühl der öffentlichen Unsicherheit genutzt, um die Präventionsmaßnahmen beständig auszubauen.

Die maschinelle Erfassung und Auswertung von Kraftfahrzeugkennzeichen auf Autobahnen, die Aufnahme biometrischer Daten in die Ausweisdokumente oder die neueren Versuche im europäischen Gesetzgebungsverfahren zur verdachtsunabhängigen Vorratspeicherung von Telekommunikationsdaten stellen hier nur die Spitzen einer Entwicklung dar, die in der völligen Marginalisierung eines tradierten rechtstaatlichen Grundsatzes mündet: Der Auflösung der Unschuldsvermutung zugunsten aller Bürgerinnen und Bürger.

Einer solch weit reichenden Beschränkung der individuellen Freiheit sollte nun ein Zugewinn an Sicherheit gegenüberstehen, der all die unzähligen Maßnahmen rechtfertigt; sie dergestalt verhältnismäßig erscheinen lässt. Doch ist eben diese Bilanz alles andere als überzeugend. Die Anschläge auf das Londoner Nahverkehrsnetz haben deutlich gezeigt, dass sich Terroristen von einer umfassenden Videoüberwachung nicht abschrecken lassen. Präventive Maßnahmen waren bislang nur in den seltensten Fällen erfolgreich, da sich sowohl das organisierte Verbrechen, als auch der internationale Terrorismus sicherer Kommunikationswege bedienen oder aktuelle kryptografische Methoden einsetzen. Auch die Auswertung gespeicherter Telekommunikationsdaten hat allenfalls in den nacheilenden Ermittlungen – und hier nur einen begrenzten – Wert für die Strafverfolgungsbehörden, da die virulenten terroristischen Zellen weitgehend autonom handeln und sich zudem durch den Anschlag selbst auslöschen. Nachfolgende Attentate lassen sich durch diese Instrumente nicht verhindern, da es keinen Kontakt unter den schlafenden Zellen gibt. Auch muss sich das ausufernde Sicherheitskonzept die Frage nach der Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne gefallen lassen: Gibt es nicht Maßnahmen, die einen weniger schweren Eingriff in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger darstellen? Denn tatsächlich gibt es hierfür unzählige Anhaltspunkte. Aus Großbritannien sind etwa Studien bekannt, die darauf verweisen, dass eine umfassende Videoüberwachung nicht mit einer steigenden Sicherheit korreliert. Vielmehr ist die simple Installation von Leuchtmitteln auf öffentlichen Plätzen der Sicherheit weit mehr zuträglich.

So steht im Ergebnis einem ausufernden Sicherheitskonzept ein tief greifender Eingriff in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber, der dem Anspruch der Angemessenheit nicht zu genügen vermag. Dies hat zur Folge, dass die konfligierenden, antagonistischen Konzepte der Freiheit und Sicherheit einseitig zugunsten der bürgerlichen Freiheit aufzulösen sind. Eben diese Wertentscheidung ist in der Neufassung des Art. 2 GG zu dokumentieren, die das Recht auf informationelle Selbstbestimmung an exponierter Stelle kodifiziert und dergestalt den Trägern öffentlicher Gewalt als Maßstab dienen soll.

Thema: Für eine dezentrale Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie geduldeter Migrantinnen und Migranten

1. Die sächsischen Kommunen werden aufgefordert unter Ausschöpfung der gesetzlichen Rahmenbestimmungen eine dezentrale Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie der geduldeten Migrantinnen und Migranten soweit wie möglich umzusetzen.
2. Die Ratsfraktionen der SPD werden aufgefordert in ihren Gemeinde-, Stadt- und Kreisräten dementsprechende Anträge zu stellen.

Begründung:

Die übliche Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Massenunterkünften führt zu Entmündigung und Unselbständigkeit der Einwohner. Zusätzlich verursacht diese Art der Unterbringung erhebliche Spannungen sowie physische und psychische Beeinträchtigungen. Sie ist mit der Würde des Menschen und auch grundlegenden Prinzipien des Sozialstaats nicht vereinbar.

Die isolierte zentrale Unterbringung erweist sich als Kontaktbarriere zur einheimischen Bevölkerung und erschwert damit das allseits und von allen demokratischen Parteien geforderte Kennenlernen und die Akzeptanz der ausländischen Menschen. Besonders für die Kinder, die in Kindertagesstätten und Schulen integriert werden sollen, bedeutet der jetzige Zustand eine Stigmatisierung.

Beispiele aus Brandenburg und Berlin haben zudem gezeigt, dass eine dezentrale Unterbringung zudem kostengünstiger sind, sofern man von einer durchschnittlichen Belegung der Wohnungen mit drei Personen ausgeht.

Als Beispiel und Anregung kann und sollte das Modellprojekt der Stadt Cottbus aus den Jahren 2000/2001 dienen. Eine ausführliche Dokumentation mit einer kritischen Würdigung der erzielten Ergebnisse und einer ausführlichen rechtlichen Analyse der Möglichkeiten einer dezentralen Unterbringung findet man unter <http://zelle79.info/dezentral/>

**Thema: Volkspartei SPD für Minderheiten - Minderheiten für Völkerverständigung**

Die Jusos Sachsen fordern die Partei und sächsischen Landtagsfraktion der SPD auf, sich deutlich sichtbarer für eine Politik des Schutzes und der Förderung der sorbischen Minderheit einzusetzen.

Begründung:

Kultur und Identität der Sorb/innen werden durch die sächsische Verfassung geschützt; das muss die allen Entscheidungen der Verwaltung des Freistaates bedacht werden. Deshalb sind Schulstandorte zu erhalten, an denen sorbische Schüler/innen in sorbischer Sprache unterrichtet werden; das Kriterium der sorbischen Kultur muss ein besonderes Gewicht haben. Die sorbische Stiftung benötigt langfristig gesicherte finanzielle Grundlagen mindestens auf dem aktuellen Niveau. Das muss von Bund und dem Lande gesichert werden. Die SPD sollte sich stärker als Partei des Minderheitenschutzes profilieren und deutlicher machen, dass kulturelle Vielfalt regionale Kreativität, gemeinsame Identität und wirtschaftlichen Erfolg dienlich sind. Auch auf diesem Wege sollte die SPD stärkere Präsenz in der Oberlausitz zeigen.

Die Sorben sind eine Volksgruppe, die innerhalb Deutschlands in der Lausitz leben. Als Minderheit bereichern sie das Leben der Menschen in der Lausitz nachhaltig und sind Anlass sich mit anderen Kulturen, vor allem der slawischen zu befassen. Das fördert die Toleranz vor anderen Menschen und beugt Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit vor. Interessiert man sich für die Sorben, so ist der Weg bereitet, auch den Kontakt mit polnischer und tschechischer Kultur und Sprache zu suchen. Im Dreiländereck Deutschland-Polen-Tschechische Republik ist dies von enormen Belang. Sind wir auf dem Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Sorb/innen und später auch zu Pol/innen und Tschech/innen, verbauen wir auch den Weg zu postfaschistischen Organisationen, wie der NPD und anderen.

Während der vergangenen Wahlen war auffällig, dass die PDS und Bündnis 90/Die Grünen Themenplakate in sorbischer Sprache publizierten. Wir als Volkspartei sollten diese Minderheit ernster nehmen.

## Thema: Allgemeines Tempolimit von PKW auf Autobahnen

Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, so schnell wie möglich eine Gesetzesvorlage für generelles Tempolimit von 130 km/h für PKW auf deutschen Autobahnen einzubringen. Der Bundesverkehrsminister wird außerdem aufgefordert, sich für ein EU-weites Tempolimit für PKW auf Autobahnen von maximal 130km/h einzusetzen.

### Begründung:

Die Jusos und die SPD haben das Thema des generellen Tempolimits für PKW auf deutschen Bundesautobahnen bisher allein den Grünen überlassen, obwohl es doch ein Thema von enormer Tragweite darstellt. Daher ist genau *jetzt* die Zeit zu handeln.

Auf deutschen Autobahnen starben allein im Jahr 2002 857 Menschen aufgrund von Verkehrsunfällen. Im selben Jahr wurden 24.625 Menschen durch Verkehrsunfälle verletzt.<sup>1</sup> Laut dem Verkehrstechnischen Institut der GDV (Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft) steht fest: „*Nicht angepasste Geschwindigkeiten sind die Unfallursache Nr. 1, wobei die Unfallfolgen derartiger Unfälle überdurchschnittlich schwer sind.*“<sup>2</sup> Das menschliche Opfer von Verkehrsunfällen durch eine allgemeine Tempo-Begrenzung verringern kann, wurde im europäischen Ausland bereits begriffen, so dass uns beispielsweise Frankreich mit seinem Tempo-Limit von 130km/h bereits weit voraus ist.

Außerdem lässt sich durch eine gedrosselte Geschwindigkeit des Automobils der Treibstoffverbrauch um bis zu einem Drittel senken, wenn mensch ebenso noch auf seine „Schalttechnik“ achtet.<sup>3</sup> Das heißt wir sparen natürliche Ressourcen und belasten unsere Umwelt weniger stark mit Abgasen und Feinstaub.

Ein weiterer Grund für die Einführung eines allgemeinen Tempolimits für PKW auf deutschen Autobahnen ergibt sich logischer Weise aus dem besseren Verkehrsfluss. Dieser kommt zustande, da anzunehmen ist, dass sich die Mehrheit der PKW mit den geforderten 130km/h und die Mehrheit der LKW mit den als gesetzliches Höchstmaß gegebenen 80 km/h bewegen.

Es sei weiterhin zu erwähnen, dass die Durchschnittsgeschwindigkeit auf deutschen Autobahnen laut AVD bereits unter 120 km/h liegt<sup>4</sup>, was bedeutet, dass die Mehrheit der AutofahrerInnen der BRD kein Problem mit dem Tempolimit hätte, wodurch der gesamte Vorschlag seine Mehrheitsfähigkeit unter Beweis stellt. Somit ergeben sich auch kaum Einschränkungen für die meisten AutofahrerInnen, während den jedoch RaserInnen das Handwerk gelegt wird.

Ein langsames Auto zeigt des Weiteren im Vergleich zu einem Schnellerem eine geringere Lärmbelastung auf, was insbesondere den Familien zu Gute kommt, welche in unmittelba-

<sup>1</sup> Quelle MDR.DE

<sup>2</sup> Quelle <http://www.verkehrstechnisches-institut.de/content/isa.htm>

<sup>3</sup> [http://www.stiftung-warentest.de/online/auto\\_verkehr/meldung/1293288/1293288.html](http://www.stiftung-warentest.de/online/auto_verkehr/meldung/1293288/1293288.html):

<sup>4</sup> © dpa - Meldung vom 06.06.2004

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 26.-27. November 2005 in Görlitz/Zgorzelec  
Antrag V 1  
Antragsteller: UB Nordsachen

rer Umgebung der Autobahnen leben. Ein allgemeines Tempolimit steigert also die Lebensqualität der Menschen, durch denn Abbau von Lärm.<sup>5</sup>

---

<sup>5</sup> <http://www.umweltbundesamt.de/verkehr/laerm/schiene/laermwirkung/gesundh.htm>

**Thema: Tagfahrlichtpflicht für alle Kraftfahrzeuge**

Wir Jusos fordern die Bundesregierung auf, die Pflicht auch bei Tage mit Abblendlicht zu fahren auf alle Kraftfahrzeuge auszuweiten. Kraftfahrzeuge, welche mit Tagfahrlicht ausgestattet sind, sollen bei Tage mit diesem an Stelle von Abblendlicht fahren dürfen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für eine europaweite Ausweitung dieser Richtlinie einzusetzen.

Begründung:

Die Straßenverkehrsordnung schreibt bisher vor, dass einzig Krafträder auch bei Tage mit Abblendlicht zu fahren sind. Dieses Gesetz ist wichtig, wird das Fahrzeug durch das aktive Aussenden von Licht schließlich deutlich besser von allen Verkehrsteilnehmenden gesehen. Der Großteil der Fahrzeuge hierzulande besteht jedoch aus mehrspurigen Personen- und Lastkraftwagen, für die es bisher nur eine Abblendlichtpflicht „auf freiwilliger Basis“ gibt. Dies hat zur Folge, dass die meisten Kraftfahrzeuge in Deutschland tagsüber ohne Beleuchtung gefahren werden, obwohl sie, mangels Signalfarben, schlecht sichtbar sind. Außerdem bedeutet dies ein zusätzliches Risiko für Motorradfahrende, die zwar ihrerseits besser gesehen werden als andere Verkehrsteilnehmende, selber jedoch andere Kraftfahrzeuge nicht so gut wahrnehmen können.

Ein Gesetz, welches zum Fahren mit Beleuchtung verpflichtet, gibt es bereits in 13 europäischen Ländern, darunter beispielsweise Dänemark, Ungarn, Slowenien und Italien. Nachweislich sind überall nach Einführung des Gesetzes die Unfallzahlen gesunken. Vermieden wurden größtenteils Blechschäden, aber auch Unfälle mit Todesfolge sind merklich zurückgegangen. Die Republik Österreich, in der seit November 2005 Tagfahrlichtpflicht gilt, rechnet mit mindestens 25 Verkehrstoten weniger pro Jahr. Hochgerechnet auf Deutschland bedeutet dies die Vermeidung von mehreren hundert tödlichen Unfällen.

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 26.-27. November 2005 in Görlitz/Zgorzelec**  
**Initiativantrag 1**  
**Antragsteller: UB Nordsachsen**

Die Jusos Sachsen unterstützen die Bewerbung der Städte Görlitz und Zgorzelec zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010.

Begründung:

Die geografische Lage zwischen Deutschland und Polen fördert aktiv den kulturellen und sozialen Dialog und Austausch zwischen den beiden Städten im Hinblick auf Integration und Zusammenwachsen der Menschen und Organisationsstrukturen zwischen Ost und West.

Eine erfolgreiche Bewerbung als europäische Kulturhauptstadt stärkt die Kultureinrichtungen beider Städte und die Einrichtung neuer multinationaler Studiengänge an der Universität Görlitz-Zittau. Zugleich wird die Schaffung eines Netzwerkes (ost)europäischer Hochschulen sowie dem Aufbau, Ausbau und der Vernetzung von Bildungseinrichtungen mit polnischen und weiteren osteuropäischen Institutionen signifikant gefördert.

Die Oberlausitz und das polnische Schlesien als Zentrum der deutschen Barockdichtung, als Geburtsstätte des Naturalismus des 19. Jahrhunderts könnte sich als ein entwicklungsstarker Raum für zeitgenössische Kunst entwickeln.



Thema: Wiedereinführung des römischen Sakralrechts, Modifizierung desselben und Umwandlung des Juso-Landesvorstandes Sachsen in das Pontificalkollegium.

1. Das Sakralrecht der römischen Republik wird in dem Zustand wiederhergestellt, den es vor der von C. Iulius Caesar durchgeführten Kalenderreform des Jahres 46 v. Chr. besaß.
2. Das Recht der *pontifices*, den Kalender zu optimieren, gilt auch rückwirkend.
3. Die Zahl der *pontifices minores* wird verdoppelt.
4. Der Vorstand der Jusos Sachsen bildet das Pontificalkollegium. Der / Die Vorsitzende wird *pontifex maximus*. Ihre / Seine Stellvertreter bilden die *pontifices minores*.
5. Die *pontifices minores* schlagen dem *pontifex maximus* vor:
  1. Der 31. Oktober 2005 wird für ungeschehen erklärt.
  2. Der am laut Pkt. 6.1. des Beschlußtextes nicht mehr existierende Reformationstag vom 31. Oktober 2005 gilt als auf den 1. November 2005 verlegt. Sämtliche Feierlichkeiten haben als am 1. November 2005 stattgefunden zu gelten.
  3. Sämtliche politischen Handlungen, die am 31. Oktober 2005 stattgefunden haben, werden einschließlich der aus ihnen erwachsenden Folgehandlungen für ungültig und nie geschehen erklärt.
  4. Die Geschichtsschreibung hat die notwendigen Korrekturen vorzunehmen. Die Medien haben dies zu übernehmen. Die Menschen haben es zu glauben.
6. Der *pontifex maximus* stimmt den unter Punkt 5 genannten Vorschlägen der *pontifices minores* zu.
7. Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen nutzt ihre weltpolitische Bedeutung, um diesen Forderungen weltweit Geltung zu verschaffen.

#### Begründung:

Infolge der Ereignisse vom 31. Oktober 2005 trat Franz Müntefering nicht erneut zur Wahl als Vorsitzender unserer Partei an. Ungeachtet unserer Wertschätzung für unseren neuen Vorsitzenden bedauern wir diesen Schritt sehr. Wie viele andere Gliederungen und Personen haben auch wir nachgedacht, wie wir die unerfreulichen Ereignisse vom 31. Oktober 2005 ungeschehen machen können. Die Antwort war verblüffend einfach: Wir müssen lediglich diesen Tag samt seiner Ereignisse und Folgeereignisse aus der Geschichte liquidieren! Hierzu erschien es uns sinnvoll, dem römischen Sakralrecht neue Geltung zu verschaffen. (Um mißverständliche historische Reminiszenzen zu vermeiden, haben wir darauf verzichtet, die Wiedereinrichtung des Römischen Reiches zu fordern...) Das römische Sakralrecht in der Fassung vor der von C. Iulius Caesar durchgeführten Kalenderreform des Jahres 46 v. Chr., räumte den *pontifices*, den römischen Priestern, und ihrem Kollegium das Recht ein, den Kalender zu korrigieren. Den Hintergrund für die Vergabe dieses Rechts stellte der unvollkommene römische Mondkalender dar. Diese Kalenderform erwies sich als unpräzise. Regelmäßig geriet der Kalender „in Unordnung“. Diese Unordnung kam dadurch zustande, dass das Mondjahr nicht mit dem Sonnenlauf übereinstimmte; dazu fehlten ihm 10.2564 mittlere Sonnentage. Dies war insofern problematisch, als dem Kalender auch eine große kultische Bedeutung zukam. Die Kultdurchführung nämlich sicherte dem Glauben der Römer zufolge das Staatsheil. Um also den Untergang des Staates zu verhindern, mußte gewährleistet sein, dass die Kulthandlungen immer zur richtigen Zeit durchgeführt wurden. Geriet der Kalender in allzu große Unordnung, so beauftragt man die „Kult-Experten“, die Priester, eine Neuordnung durchzuführen. Diese konnten – aufgrund ihrer guten Kenntnis

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 26.-27. November 2005 in Görlitz/Zgorzelec**  
**Initiativantrag 5**  
**Antragsteller: UB Dresden-Elbe-Röder**

des Sakralrechts, der Tradition und des Götterwillens – den Kalender so korrigieren, dass er aus kultischer Sicht wieder „richtig“ funktionierte. Konkret bedeutete das, dass Stunden, Tage oder gar Wochen aus einem Kalenderjahr entfernt oder ihm hinzugefügt wurden. Die Durchführung des Ritus erforderte, dass der sogenannte „*pontifex minor*“ den *pontifex maximus*, den Oberpriester (aller Kulte), bat, eine bestimmte Korrektur vorzunehmen. Durch die Zustimmung des *pontifex maximus* wurde die Änderung gültig.

Dieses Recht wollen wir nutzen. Da zwischen dem letzten sogenannten „Römischen Reich“ und unserer Zeit kaum zweihundert Jahre liegen, erscheint uns eine solche Anknüpfung als naheliegend. Mit Leuten, die inzwischen das Oberpontifikat beanspruchen, wird man sich vielleicht einigen können.

Indem wir dem Sakralrecht auch rückwirkend Geltung verschaffen, können wir Vergangenes ungeschehen machen. Die Kraft des Sakralen wird zudem zweifellos dazu beitragen, dass alle Menschen die Inhalte dieser Handlungen übernehmen, so dass die Frage der Erinnerungsveränderung keiner näheren Diskussion bedarf.

Da es die Jusos Sachsen sein werden, denen diese Innovation (oder: Renovatio) zu verdanken sein wird, liegt es nahe, die Besetzung des Pontificalkollegiums für uns beanspruchen.

Unsere pontifices werden dann zunächst beauftragt, die Zelebrierung des Reformationstages für am 1. November 2005 erfolgt zu erklären; dies ist notwendig, da der Schutz des Religiösen die offizielle Funktion dieses Kalenderrechts darstellt. Die Liquidierung einer religiösen Feier stände somit im Widerspruch zur Gesetzesintention. Entscheidend für uns ist aber, dass alle am 31. Oktober 2005 durchgeführten politischen Handlungen und deren Folgehandlungen für ungeschehen erklärt werden können. Ist dies erfolgt, so kann Franz Müntefering unser Parteivorsitzender bleiben, da es keine Abstimmungsniederlage und infolgedessen auch nicht seine Ankündigung, nicht mehr zu kandidieren, gegeben haben wird.

Nach der Optimierung dieses Teils unserer Geschichte sollten wir dann überlegen, was wir als nächstes tun...

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 26.-27. November 2005 in Görlitz/Zgorzelec  
Initiativantrag 6**

Wir Jusos Sachsen unterstützen die Freiheit von Computersoftware und von Informationen aller Art.

Als konkrete Schritte zur Umsetzung dieser Initiative verpflichten sich die Jusos Sachsen:

zur ausschließlichen Verwendung von freien Dateiformaten zum Datenaustausch (also bspw. Dem Open Documenten Format [\*.odt], das u.a. von OpenOffice.org benutzt wird),  
zur ausschließlichen Verwendung von freier Software bei Konferenzen, Präsentationen u.ä.,  
wenn diese (bspw. über Beamer) sichtbar wird.

Begründung:

Erfolgt mündlich